

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

95 (23.4.1912)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Verlag: Buchdruckerei G. C. & Co., Karlsruhe.
Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
Sprechstunde nur von 1/2 12—1/2 1 Uhr.
Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
Postfach-Conto Nr. 2650

Inserate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Sozial-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Hermann Kadel; Karl Ziegler in Karlsruhe.

Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Was der Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.

Unsere heutige Nummer umfaßt einschließlich der Unterhaltungsbeilage 10 Seiten.

Eine Mehrheit gegen die Vernunft.

Das Wort von der Mehrheit, die der Unfinn ist, wird von den Parteien der Rechten mit besonderer Vorliebe gegen die Sozialdemokratie zitiert. Seine Wahrheit tritt aber nur dann in Erscheinung, wenn die Parteien der Rechten zusammen mit den anderen bürgerlichen Gruppen im Reichstag oder in einem anderen Parlament gegen die Sozialdemokratie die Mehrheit bilden.

So ist es auch jetzt bei der Beratung der neuen Wehrvorlagen, die an diesem Montag beginnt. Von ihnen kann man sagen: alles spricht dagegen, und alle sind sie dafür! Noch nie sind Vorlagen, die eine neue Belastung der Finanzen und eine Verschärfung der internationalen Gegensätze mit sich bringen, in so oberflächlicher, nichtsagender Weise begründet worden, wie waren die Argumente, die gegen eine neue Steigerung der Rüstungsausgaben sprechen, stärker als im gegenwärtigen Moment. Wie aber hat der Reichstag eine so bedingungslos bewilligungsfreudige Mehrheit gehabt wie in diesem Falle.

Die Bewilligungsfreudigkeit von heute entspringt einer Stimmung von Vorgefährten. Man begründet, nicht öffentlich, aber insgeheim, die Vermehrung der Flotte mit der angeblich feindseligen Haltung Englands, die Verstärkung der Armee mit dem angeblichen Kräftezuwachs, den die französische Republik aus der Erweiterung ihres nordafrikanischen Kolonialreiches gewonnen haben soll. Heute muß selbst die „Kreuzzeitung“ in ihren Londoner Berichten zugeben, daß die Stimmung in England ausnehmend friedlich ist und in Marokko erweist sich gerade jetzt die Richtigkeit der sozialdemokratischen Behauptung, daß die militärische Kraft der Republik durch diesen neuen Kolonialerwerb nicht gestärkt, sondern geschwächt wird. In Marokko züngeln die Flammen des Aufstandes, und wenn es auch diesmal noch gelingt, sie niederzutreten, so wird doch das Kolonialreich am Atlas für Frankreich auf Jahre hinaus der Gegenstand erster militärischer Sorge bleiben.

Statt die Stimmung der englischen Nation und die Notlage Frankreichs zu einer Verteidigung auszunutzen, die allen drei beteiligten Staaten die Last ihrer Rüstungen erleichtert, kommt die Regierung mit ihren neuen Wehrvorlagen, und der ganze Reichstag mit Ausnahme der Sozialdemokratie erklärt sich bereit, dieser widerförmigen Politik als Stütze zu dienen. Wahrscheinlich wird man sich sogar dazu verstehen, die Wehrvorlagen zunächst in dritter Lesung zu erledigen, ohne die brennende Deckungsfrage zuvor gelöst zu haben. Man wird also ein Verfahren einschlagen, das allenfalls nur durch die unmittelbare Gefahr eines knapp vor Ausbruch stehenden Krieges gerechtfertigt werden könnte. Und doch will man, von ein paar Schreibern abgesehen, nicht den Krieg und weiß ganz gut, daß ihn auch die anderen nicht wollen.

Verteidigen läßt sich diese Haltung der Reichstagsmehrheit überhaupt nicht. Sie ließe sich aber vielleicht einigermaßen entschuldigen und beschönigen, wenn Mittel zur Befreiung der neuangeforderten enormen Kosten überreichlich vorhanden wären. Man könnte sich dann vielleicht auf den Standpunkt stellen: Wir brauchen zwar die neuen Rüstungen nicht unbedingt, aber wir haben es dazu! Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ bemüht sich denn auch, in ihrer letzten Wochenschau der erstaunten Welt nachzuweisen, daß man sich um die Deckung der Vorlagen nicht die geringsten Sorgen zu machen braucht.

Da aber erregt sich das Unerhörte, daß der frühere Schatzsekretär Wermuth gleichzeitig in der „Deutschen Reue“ das Wort ergreift, um gegen die Finanzpolitik seines früheren Vorgesetzten, des Reichszanklers, wahrhaft vernichtende Anklagen zu erheben. Wermuth macht darauf aufmerksam, daß die Neubelastungen des Staats mit den neuen Wehrvorlagen noch nicht erschöpft seien, wie er auch in Zweifel zieht, ob die offiziell angegebenen 650,5 Millionen Mark zur Deckung der Kosten in den nächsten fünf Jahren genügen würden. Für die beiden Jahre 1913 und 1914 allein rechnet der frühere Reichsschatzsekretär mit einer Mehrausgabe von 180 und 200 Millionen Mark. In schärfster Weise bekämpft er dann den Versuch, die Ueberläufe zur Deckung der neuen Kosten zu verwenden, statt zur Schuldentilgung heranzuziehen. Das bedeutet nach seiner Ueberzeugung ein neues Zurückgleiten in die Schuldenwirtschaft.

Die Regierung will die Deffentlichkeit glauben machen, daß mit den angeblichen 36 Millionen, die sie aus der Reform der Branntweinsteuer ziehen will, alles bezahlt werden könne. Der frühere Reichsschatzsekretär erklärt da-

gegen: „ob eine Neubelastung von 70 Millionen dauernd genügen würde, ist zweifelhaft“. Was soll man auf die Berechnungen und Versicherungen der Regierung noch geben, wenn ein Fachmann von Rang, der, noch vor wenigen Wochen in autoritärer Stellung, alle diese Fragen gründlich durchgearbeitet hat, so in allen Dingen das Gegenteil von dem erklärt, was sie für wahr haben will.

Nach den Erklärungen Wermuths, der entschieden für die Wiedereinbringung der Erbschaftsteuer eintritt, wäre es geradezu eine Fribolität, nun erst einmal die Wehrvorlagen zu bewilligen, dann aber im kommenden Spätherbst darüber zu beraten, was der Späß kostet und woher das Geld genommen werden soll. Was bis zum Herbst passiert, ist ganz ungewiß und ob dann die Regierung die Erbschaftsteuer bekommt, die sie braucht, kann niemand voraussagen. Kann man das Ganze der Vorlagen nicht vor dem 1. Oktober erledigen, dann ist es ein Gebot der Vernunft, die Entscheidung zu verschieben, jedoch die Geleise erst am 1. April 1913 in Kraft treten würden.

Es ist lächerlich zu behaupten, daß an diesem halben Jahr die Sicherheit des Reiches hänge. Wenn man noch im Jahre 1911 mit einer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke von 11 000 Mann auskommen zu können glaubt, so kann es kein gefährliches Experiment sein, wenn mit der jetzt angeblich notwendig gewordenen Erhöhung um weitere 29 000 Mann 1 Jahr länger gewartet wird. Ebenso stehen die Dinge mit der Flottenvorlage. Und doch drängt die bürgerliche Reichstagsmehrheit in einem Anfall nationalitätlicher Hysterie nach einer raschen Erledigung der Wehrvorlagen ohne Rücksicht auf die finanziellen Folgen.

So verfehlt die Vermehrung der Rüstungslasten überhaupt ist, so abernützig ist jetzt das Drängen nach einer überleitenden Verabschiedung der Vorlagen. Man tut als ob der Feind vor der Tür stünde und als ob es gelte, Kriegskredite zu bewilligen.

Die Sozialdemokratie wird dieses Treiben bekämpfen, wobei ihr freilich nicht einfallen wird, das Recht der Mehrheit, Beschlüsse nach ihrem Belieben zu fassen, zu bestreiten. Sie erkennt im Mehrheitsprinzip ein vernünftiges Ordnungsprinzip, aber wenn sie jemals Neigung gehabt hätte, wie ihr ihre Gegner es andichten, jede Mehrheit für unfehlbar zu halten, so würde sie angeht dieser kompakten Majorität, der sie gegenübersteht, von solchen Irrtümern geheilt sein. Denn diese Mehrheit ist der Unfinn!

Im Man der Natur muß aber auch das Unvernünftige schließlich vernünftigen Zwecken dienen. Auch die kompakteste Majorität kommt auf die Dauer gegen die Vernunft nicht auf. Die bürgerliche Masse, die sich jetzt in befinnungslosem Eifer drängt, neue Lasten auf die Schultern des Volkes zu wälzen, was ist sie anderes als die Vorreiterin künftiger sozialdemokratischer Siege?

Die Erhöhung der Soldatenlöhne.

Die sozialdemokratische Presse hat angekündigt, daß ein sozialdemokratischer Antrag die Erhöhung der Soldatenlöhne schon ab 1. Oktober 1912 fordern werde.

Die Zentrumspresse beiläufig, hinterdrein zu erklären, daß die Zentrumsfraktion den gleichen Antrag stellen wolle. Hier liegt wieder einmal der Fall vor, daß die Rücksicht auf das allgemeine Wahlrecht und die sozialdemokratische Initiative auf eine bürgerliche Partei erzieherisch gewirkt hat.

Ausland.

Österreich.

Ein katholisches Blatt über feinesgleichen. In Tirol werden die liberalen Konservativen hart bekämpft von den ebenfalls liberalen christlich-sozialen. Ueber deren Rohhaftigkeit schreiben die konservativen „Tiroler Stimmen“: „Seine Parteilichkeit ist nicht die liberale und sozialdemokratische, sondern die feindselige gegen die Wahrheit. Die Verlogenheit dieser Presse ist das Haupthindernis des Friedens.“ Weiter heißt es: „Unrechtlche, unaufrichtige Mittel... Lüge und Verleumdung... Wüten gegen die Wahrheit.“ Mit der Zeit wird das Volk darauf kommen, daß es systematisch in die Irre geführt wird.“ — Sie kennen einander.

Belgien.

Die Schulverfassung. Der Ausschuh zur Verteidigung der nationalen Schule, den der Allgemeine Verband belgischer Lehrer eingeseht hat, veröffentlicht das Ergebnis seiner Feststellungen über die Rekrutierung des Lehrpersonals der Volksschulen. Danach gab es Ende 1908 bei den Volksschulen Ende 1911 2984 geistliche Lehrerinnen, bei den Volksschulen Ende 1911 6700 geistlicher Art beider Geschlechter und bei den Schulen für Heranwachsende Ende 1908 2604; zusammen 12 288. Die jährliche Zahl wird auf rund 14 000 berechnet, wozu noch 3000 Priester, Nonnen und Konnen an den Gewerkschulen u. a. kommen. Zusammen 17 000 geistliche Lehrer. 1909 gab es an den Volksschulen 31 Proz. geistliche Lehrer (meist Konnen). Heute wird das Drittel überstiegen sein.

Badische Politik.

Glänzende Ergebnisse unserer Eisenbahneinnahmen.

Wie uns mitgeteilt wird, soll die badische Eisenbahnverwaltung trotz der Schadenaufwendungen aus Anlaß des Weillheimer Eisenbahnunglücks im Jahre 1911 mit einer Reineinnahme von nahezu 35 Millionen Mark abschließen, die sich mit dem Einnahmeanteil aus der Main-Neckarbahn und dem jährlich seitens der Reichspost in Höhe von 500 000 Mark zu zahlenden Ertragbetrag auf rund 36 1/4 Millionen Mark steigern wird.

Berücksichtigt man nun dabei, daß nach dem amtlichen Ausweis das erste Vierteljahr 1912 das Betriebsergebnis unserer Staatsbahnen bereits eine gegenüber dem Vorjahr um 1 379 000 Mk. gesteigerte (geschätzte) Mehreinnahme aufweist, so geht man nicht fehl, wenn man die gesamte Reineinnahme für 1912 heute schon auch unter Berücksichtigung des Personalaufwands auf rund 40 Millionen Mark veranschlagt, was gegenüber dem seitens der Landstände noch zu genehmigenden Regierungsvorschlag ein Mehr an Reineinnahmen von rund 8 1/2 Millionen Mark ausmacht.

Die großen und die kleinen Geister.

Ob die Beamten sozialdemokratisch wählen, das ist seit langem die Sorge unserer Regierungsmänner und ihre Ansichten darüber sind mehr oder weniger borniert, je nach Intelligenz und Parteistellung. Die staatsbürgerliche Wahlfreiheit der Beamten ist zwar durch die Verfassung garantiert, so daß darüber eigentlich kein Wort zu verlieren sein sollte. Der Beamte verkauft doch mit der Anstellung nicht seine politische Ueberzeugung. Wir stellen die Ansprüche verschiedener Staatsmänner einander gegenüber.

Obenan in der Rückständigkeit und Unhaltbarkeit steht die Meinung des klerikalen bayerischen Ministerpräsidenten Frhr. v. Hertling, der in der bayerischen Kammer am 28. März ds. Js. ausführte:

„Ich mache daraus kein Geheim, daß ich es für unzulässig halte, wenn in einem monarchischen Staate ein Staatsbeamter für einen Sozialdemokraten eintritt. Ich habe bereits am 22. März gesagt: der Dienst des Staates ist ein freiwillig übernommener, aber der freiwillig übernommene Dienst schließt sofort nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten ein. Ich sage weiter: Der Staatsdienst ist kein Arbeitsverhältnis wie ein anderes, der Staat ist den Beamten gegenüber nicht nur ein Arbeitgeber, sondern ein Herr, der die Beamten in den Dienst des Staates tritt, ist verpflichtet, auch für den Staat als solchen einzutreten und in seiner bescheidenen Stellung für die Aufrechterhaltung der bestehenden Staatsordnung einzutreten. Er ist deshalb auch im monarchischen Staate verpflichtet, für die Aufrechterhaltung der monarchischen Staatsordnung einzutreten und sich von solchen Bestrebungen fernzuhalten, die, wenn auch auf dem Wege friedlicher Entwicklung und allmählicher Belehrung, die monarchische Staatsform mit einer Republik vertauscht sehen möchten. (Lachen links.) Eben habe ich schon gesagt, daß ich es für unzulässig halte, daß in monarchischen Staate ein Staatsbeamter für die Sozialdemokratie tätig ist. Daraus folgt für uns, — und hierin sind die Minister vollkommen einig —, daß ein Angehöriger der Sozialdemokratie nicht als Staatsbeamter angestellt werden kann. Das gilt auch, wie ich gleich vorweg sage, bezüglich der Bestätigung der Bürgermeister. Es ist ja richtig, der Bürgermeister ist zuerst gemeindefürsorglicher Beamter, aber die Bürgermeister haben in Deutschland überall auch staatlliche Funktionen auszuüben, und weil sie staatlliche Funktionen auszuüben haben, so gilt in bezug auf das von mir Gesagte das gleiche wie von den Staatsbeamten überhaupt.“

Minister v. Bodman führte am 31. Januar 1910 in der badischen Zweiten Kammer aus:

„Der Beamte kann seinen (sozialdemokratischen) Stimmzettel abgeben aus tatsächlichen Erwägungen, er kann ihn abgeben, weil er verärgert ist, um seinem Verger Luft zu machen. — Und er kann ihn endlich abgeben, weil er sozialdemokratische Ueberzeugungen hegt. Von den beiden ersten Fällen möchte ich mit dem Herrn Finanzminister Honfess sagen: Das ist nicht schön, wobei ich mich auch einer mildesten Ausdrucksweise befleißigen möchte. Wenn aber der Beamte einen Wahlzettel abgibt, weil er sozialdemokratische Ueberzeugungen hat, so muß er meines Erachtens seinen Vorschlag nehmen; das ist meine Ansicht. Man kann nicht Beamter sein und den Treueid geleistet haben und zugleich sozialdemokratische Ueberzeugungen haben. Wir haben natürlich nicht nachzuforschen und uns nicht darum zu kümmern, wie die Beamten wählen. Das Wahlgeheimnis ist heilig; wir haben dem nicht nachzuspüren. Aber sozialdemokratische Ueberzeugung und ihre Betätigung ist unvereinbar mit der Eigenschaft eines Beamten.“

Minister v. Dallwitz bemerkte am 31. Januar 1912 im preussischen Landtag:

„Ein Beamter, der seinem Landesherren den Treueid geleistet hat, bricht diesen (sehr richtig, rechts) in dem Augenblick, in dem er mittelbar oder unmittelbar die Bestrebungen einer antimonarchischen Partei zu fördern übernimmt.“

Seite 8.
Karlsruhe
19. April, abends
erem Vereinslokale
erhaltung
berecht. Sport
Mitte um zahlreich
787
Vorstand.
„Adler“
immerer.
nerstag
beachtend
st Müller.
Kottener
ienstrasse 60
Telefon 3222.
Foren, Baden
men, Satten, in
erichtes Materie
en ulw. 787
Mlee 43, 4. S.
eumbl. möblieren
ermieten.
rahe 16, 5. St.
ut möbl. Zimmer
gang zu vermieten.
se
h
n
e
etz
Karlsruhe
Rabattmarken.

Wenn ein Beamter noch Gefühl für Ehre, Anstand und Gewissen hat, so wird er in dem Augenblick, wo er glaubt, sich der Sozialdemokratie anschließen zu müssen, durchaus die Konsequenzen ziehen und aus seinem Amt ausscheiden. Tut er das nicht, dann wird er zum Eiddrocker und Heuchler. Das kann nicht gebildet werden.

Staatssekretär Fehr. Zorn v. Bulach hat sich am 18. April ds. J. in der elsass-lothringischen Ersten Kammer über die Stellung der Regierung zur Sozialdemokratie wie folgt ausgesprochen:

„Dem Grafen Andlau antwortete ich, daß die Regierung sich nicht damit zu beschäftigen hat, wie die Beamten gestimmt haben. In Colmar haben besondere Verhältnisse vorgelegen; die Beamten haben von den beiden Uebeln das kleinere gewählt. Es kann aus dem Resultat der Wahl nicht die Schlussfolgerung gezogen werden, daß die Beamten Sozialdemokraten sind. Uebrigens haben schon alle Parteien mit den Sozialdemokraten bei den Wahlen gemeinsame Sache gemacht, im Interesse der Wahlkraft. Ich bin prinzipiell dagegen, daß Beamte für Sozialdemokraten eintreten und hoffe, daß das, was in Colmar geschehen, sich nicht wiederholen wird. Ich hege die Ueberzeugung, daß die Ordnungsparteien, Liberale und Zentrum, sich gegen die Sozialdemokraten zusammenschließen werden. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie liegt nicht in der Hand der Regierung, sondern ist Sache der Parteien.“

Die letztgenannte Aeußerung trägt wenigstens einigermaßen der persönlichen Freiheit der Beamten bei den Wahlen Rechnung. Wir wollen nun auch hersehen, was der große Staatsmann Bismarck zu der Sache meinte. Er führte am 24. Januar 1882 aus:

„Daß ein Beamter in seiner eigenen Wahl sich seines Eides erinnern sollte, das wird gar nicht verlangt; seine eigene Wahl, die Ausübung seines Wahlrechts ist vollständig frei, sie wird nicht berührt. — Er mag in seinem Herzen und in seinem verdeckten Stimmzettel sein Biotum geben, für wen er will, danach wird nicht gefragt. Das wird niemals ein Grund sein, nämlich die Ausübung des eigenen Wahlrechts, gegen den Beamten einzuschreiten. Man würde sich schon genieren, ihm zu sagen, daß das der Grund sei, und ich würde dazu nie die Hand bieten.“

Also: v. Hertling verdammt unbedingt; auch die sozialdemokratischen Bürgermeister unter dem Beifallsgebrüll der Zentrumspreffe. — v. Bodman differenziert; er verzeiht sozialdemokratische Stimmabgabe aus Taktik oder Berührung, verurteilt aber solche Gefinnung. — v. Dallwitz verdammt die mittelbare oder unmittelbare Unterstützung der Bestrebungen einer antimonarchischen Partei schlankeweg. — Zorn v. Bulach kommt wenigstens einigermaßen einer vernünftigen Auffassung nahe und Bismarck stimmt sich weder um Gefinnung noch um den Stimmzettel, solange nicht öffentliche Betätigung stattfindet. Aber nur langsam. Unsere „Staatsmänner“ werden auch noch gezwungen werden, sich mit dieser abzufinden.

Sind Gendarmen Rekruten?

Zu unserm Artikel in der letzten Samstagsummer unter obiger Spitzmarke schreibt man uns:

Der Artikel in Nr. 93 „Sind Gendarmen Rekruten?“ hat in der Bevölkerung Reiz und Umgegend allgemeine Befriedigung ausgelöst. Wenn man die Verhältnisse kennt, wie sie hier liegen, muß man nur die Frage aufwerfen: Warum haben denn die beiden am Tatort erscheinenden Revorgane über das tragische Schicksal des Gendarmen Kaupp keine Silbe zu berichten gewußt? Mit dürren Worten wurde in der „Kehler Zeitung“ und im „Sanauer Anzeiger“ der Selbstmord des Kaupp gemeldet, trotzdem es in Rehl die Spaten von den Dächern pfliffen, daß derselbe in den Tod getrieben wurde. Der „Sanauer Anzeiger“, welcher sonst nicht genug in Sensation machen kann, hat bis jetzt die Sprache noch nicht gefunden, über den traurigen Fall und antwortete einem Fragenden, daß „der Herr Bürgermeister Dietrich das Material in Händen habe und daß derselbe die Sache im Landtag schon vorbringen werde“. Nun hat aber vor einigen Tagen die „Kehler Zeitung“ gemeldet, daß Herr Landtagsabgeordneter Dietrich erkrankt sei und bis heute hat die Bevölkerung, welche doch ein Interesse hat, in einer so wichtigen Sache Klarheit zu haben, keine Silbe über den Fall soll in Erfahrung bringen können. Dem sozialdemokratischen Blatte

Söhne ihrer Väter.

Roman von Max Kreger.

(Fortsetzung.)

Silvester lachte harmlos. Ganz der Standpunkt meines verehrten Herrn Vaters. Deshalb will ich ihn eben vom Gegenteil überzeugen. Auch wer dichtet, hat es nötig. Er muß arbeiten wie ein anderer Mensch. Allerdings hat er andere Schätze zu heben, als das Erz aus der Erde, das leicht die Reichtümer bringt. In den Schacht der Seele hat er zu greifen, die Sibyllenarbeit des Genies hat er zu bewältigen, und das, wissen Sie, mein lieber Strich, das soll mir die Achtung meiner lieben Mitmenschen erringen.“

Der Baron, der sich gar nicht erst gesetzt hatte, sondern auf dem echten Berier mit leise knarrenden Stiefeln auf und ab ging, lächelte bedeutend: „Sehr schön gesagt, lieber Silvester, sehr schön gesagt. Aber Sie kennen diese Mitmenschen noch nicht, die zu wilden Bestien werden, wenn jemand in ihr Revier einbricht. Dann gibt's nur die eine Frage: „Was will der Mann bei uns? Raus mit ihm.“ Das Wort Dilettant ist unzertrennlich vom reichen Manne — schon der Instinkt sagt es der Menge.“

„Nun, weil man es ihr vorgelegen hat,“ brauste Silvester auf. „Ich will sie wieder zur Wahrheit zurückführen, und deshalb habe ich mir auch kein Pseudonym genommen, wie es sonst die Aengstlichen zu tun pflegen.“

„Ich glaube, Sie werden einen schweren Stand haben, denken Sie an mich.“

„Ach was, lassen wir das,“ sagte Silvester gemüthlich. „Erzählen Sie mir lieber, was Sie gestern noch gemacht haben.“

Strich wollte ebenfalls nach derselben Gegend, und so nahm er dankend den Platz im Wagen an. Dann berichtete er eingehend über den „andauernden Rückfall“ Glufas, den man wirklich noch herumbehalten habe, die Feudalbar zu befehlen, wo er ihnen allen ein Privatstimmium über die Schädlichkeit der Alkoholik gehalten habe und zur „Indianischen Muster“ übergegangen sei. Er habe sich jedoch noch merkwürdig gut gehalten und den Ausgang noch mit Anstand erreichen können.

fiel auch hier wieder, wie in hunderten ähnlichen Fällen — Soldatenmishandlungen usw. — die Aufgabe zu, den Wagen ins Rollen zu bringen und dafür zu sorgen, daß eine eingehende Untersuchung plagregreift, wenn auch der Bedauernswerte kein Anhänger der Sozialdemokratie war. Aber noch immer gibt es sehr viele Arbeiter, die solche Zeitungen wie die „Kehler Zeitung“ und den „Sanauer Anzeiger“ abonnieren und dadurch Organe unterstützen, die vor den Behörden zusammenfinden und die, wie aus obigen hervorgeht, nicht den Mut haben, für die Wahrheit, Recht und Freiheit einzutreten. Deshalb sollte sich jeder Arbeiter sagen: Sinaus mit solchen Papieren!

Der „Bad. Beobachter“ auf Verleumdungspfad.

Unter der Ueberschrift „Der Volksfreund auf Verleumdungspfad“ schrieb der „Beobachter“ einen langatmigen Entrüstungsartikel, weil wir in einem Artikel „Der christliche Engel im Ruhrrevier“ irrtümlich behauptet hatten, der „Engel“ im Ruhrrevier sei jener bekannte „Engel“ von Bad. Aheinfelden gewesen. Der „Beobachter“ schreibt: „Daß der „Volksfreund“ diese Unwahrheit zurücknimmt, glauben wir nicht. Den christlichen Gewerkschaften wird er damit aber nicht schaden können, was ja doch der Zweck seiner Unwahrheiten ist.“

Nun, wir sind nicht so und nehmen die Behauptung zurück. Im übrigen möchten wir hinzufügen, daß wir unsere Behauptung, der Aheinfelder Engel tauche jetzt im Ruhrrevier auf, erst aufstellten, als auf unsere Erkundigungen an einer Stelle, die es wissen kann, erklärt wurde: Man habe es sicherlich in dem jetzigen Engel des Ruhrreviers mit dem durch die badischen Landtagsdebatten im Jahre 1910 so berühmt gewordenen christlichen Gewerkschaftssekretär Engel zu tun. Zudem war uns nicht die Verion Engels die Hauptsache, sondern die Feststellung seines Namensvetters, die der Sekretär Köppler vom freien Bergarbeiterverband in die Worte fleidete: „Damit haben Sie, Herr Engel, zugegeben, daß sich die christlichen Gewerkschaften dem Willen der katholischen Fachabteilungen unterworfen haben und für die Zukunft überhaupt gewillt sind, Streikbruch zu begehen.“ Daraus einzugehen, vermeidet der „Beobachter“. Er weiß meckhal!

Aber dann noch etwas. Der „Beobachter“ hatte dieser Lage die Stirn zu behaupten: „Der „Volksfreund“ kann nämlich nicht leugnen — und wenn er es tut, dann liegt er — daß die sozialdemokratische Moral Lüge, Unehrlichkeit, Heuchelei, Gewalttat, sogar Fürstenmord gestattet, wenn das im Interesse der Sozialdemokratie als Arbeiterbewegung liegt. Wir sind jederzeit bereit, ihm das aus sozialdemokratischen Quellen nachzuweisen.“

Wir antworteten dem edlen Organ schon zweimal: Der Vorwurf der Lüge bleibt am „Beobachter“ haften, wenn er nicht klipp und klar nachweist, wann und wo ein Sozialdemokrat einen Fürstenmord ausgeführt bzw. wann und wo „die Sozialdemokratie den Fürstenmord gestattet, wenn das im Interesse der Sozialdemokratie als Arbeiterbewegung liegt“, wie der „Beobachter“ behauptet hat.

Darauf schweigt der „Beobachter“ in sieben Sprachen, trotzdem er großzügig vorgibt, die blödsinnige Verleumdung „aus sozialdemokratischen Quellen nachzuweisen zu können“. Das ist so die echte unerschöpfliche Zentrumsmanier: Zuerst frech drauflosfliegen, das Blaue vom Himmel herunterwindeln und wenn man auf der Höhe erappt und festgehalten wird, feig auskniffen nach dem Motto: Nur feste drauf losberleumdet, es bleibt doch etwas hängen. Pfui Teufel!

Badischer Landtag.

50. Sitzung der 2. Kammer.

Die Debatte über das Ministerium des Innern dürfte voraussichtlich noch die ganze Woche in Anspruch nehmen. Im Mittelpunkt der Erörterungen stehen die Vorgänge bei den Streiks in Rastatt und Pforzheim. In der

gestrigen Sitzung bemühte sich der fortschrittliche Abg. Ddenwald, die Haltung der Pforzheimer Schafmader zu rechtfertigen. Seine Rede war nichts weniger als fortschrittlich und sie hat seinen politischen Freunden sicher keine Freude bereitet. Herr Ddenwald hat gestern wieder bewiesen, daß der Kapitalist, einerlei, wie er politisch denkt, aus seiner kapitalistischen Haut nicht herauskann. Es ist charakteristisch, daß es gerade diesem Herrn vorbehalten blieb, der Gewerbeinspektion Vorwürfe darüber zu machen, daß sie für den Pforzheimer Streik kein genügendes Verständnis gezeigt habe. Auch der Regierung machte er wegen mangelhafter Energie bei Anwendung ihrer polizeilichen Befugnisse erweise.

Herr Bölli in beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Budget der Badanstalten.

Eine eindrucksvolle Rede hielt der Abg. Dr. Vogel-Rastatt, der gegen die Leitung der Rastatter Fabrik sehr scharfe und durchaus berechtigte Angriffe richtete. Diese Rede stand in einem geradezu schreienden Gegensatz zu der seines Parteifreundes Ddenwald. In großzügiger Weise erörterte er die Bedeutung und die Notwendigkeit der Koalition der Arbeiter zur Befreiung aus ihrer heutigen sozialen Lage. Was Herr Dr. Vogel über die Haltung der Rastatter Fabrikleitung sagte, wirkte wie Keulenschläge. Was er zur Verteidigung der Haltung der streifenden Arbeiter sagte, übte im Hause eine erschütternde Wirkung aus. Sehr entschieden verurteilte er das Vorgehen der Staatsanwaltschaft, die von Amtswegen jedes kleine Vergehen Streifender verfolgte. Der Redner zitierte einige solcher Fälle. Das schlimmste ist, daß dieses Vorgehen durch das Justizministerium auf dem Wege der Verordnung beantragt wurde. Hier wurde Massenjustiz auf höheren Befehl geübt. Darüber wird man sich mit Herrn v. Dusch bei Beratung des Justizministeriums eingehend unterhalten. Eintheilen können wir eine solche Verordnung nur als unerhört und skandalös bezeichnen.

© Karlsruhe, den 22. April.

Präsident Rohrbach eröffnete ¼ 4 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch: Minister Fehr, von Bodman und Regierungskommissäre.

Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern.

Sekretär Abg. Müller (mtl.) zeigte die neuen Eingaben an. Der Präsident machte kurze geschäftliche Mitteilungen. Es war vom Ministerium des Innern ein Gesetzentwurf eingekommen, betr. die Veränderung des Gesetzes über die Befreiung der Militärverwaltung von der Verbrauchssteuer der Gemeinden. Darnach wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Abg. Ddenwald (F. V.): Es wäre nach meiner Auffassung richtiger gewesen, wenn der Pforzheimer Streik nicht noch einmal zur Sprache gebracht worden wäre. Der Streik liegt jetzt 1½ Jahre zurück und über den Streik ist früher schon gesprochen worden. Die Wunden des Streiks waren noch nicht verheilt und sie sind nun durch die Rede des Abg. Beck wieder aufgerissen worden. Der Streik hat nicht nur in Baden, sondern auch über die Grenzen unseres Landes hinaus die Presse beschäftigt. Die Vorgeschichte des letzten Streiks der Pforzheimer Arbeiter hat ihren Ausgang vom Jahre 1906. Damals war der christliche Metallarbeiterverband mit Forderungen an die Arbeitgeber herantreten, die auch bereit waren, die Forderungen zu bewilligen. Da trat plötzlich der sozialdemokratische Metallarbeiterverband auf den Plan und stellte weitgehendere Forderungen. Es wurde beschlossene, eine Kommission einzusetzen, um über die Forderungen zu verhandeln. Trotzdem erschien am anderen Tag ein Flugblatt des Metallarbeiterverbandes, worin den Arbeitern gesagt wurde, wie lange sie sich noch die Hungerlöhne gefallen lassen wollten. Dabei ist zu beachten, daß die Löhne gute waren. Dieses Vorgehen des Metallarbeiterverbandes war unehrenhaft. Wer so leichtfertig mit den Interessen der Arbeiter umgeht, der verdient es nicht, an der Spitze einer so großen Organisation zu stehen. Die Arbeitgeber waren stets bereit, mit den Arbeitern zu verhandeln, sie verlangten aber, daß die übertriebenen, unerfüllbaren Forderungen zurückgezogen werden. Der Metallarbeiterverband war hierzu nicht zu veranlassen. Wir wollen keine Ausnahmemaße gegen die Arbeiter. Wir haben die Gewerbeordnung und diese bietet ausreichenden Schutz für die Arbeitswilligen. Den Satz, daß der Arbeiter das Recht hat, seine Arbeitskraft so teuer als möglich zu verkaufen, erkenne auch ich an, aber ich darf auch

„Sache, Vater?“

Trost junior stockte, aber wie ein gereizter Löwe setzte er seinen Mundgang fort. „Natürlich bist du unpraktisch, wie immer.“

„Ein Räubern und Schluden folgte, das zwar sehr bezeichnend klang, wodurch sich aber Silvester nicht einschüchtern ließ. Er kannte die Verfeinertheit dieser gewaltigen Arbeitskraft, die jedesmal in Witz und überschämte, sobald ihr Programm nicht stimmte. Ein großer Berg Briefe und Depeschen lag vor ihm, denn schon seit der ersten Morgenpost war dieser Apparat in Bewegung, der von der ewigen Beschäftigung eines Industriefürsten zeugte, der selbst auf der Reise niemals Ruhe hatte, trotz des Tugend Direktoren und Profuristen zu Hause. Über Arno Trost war ein Allein herrscher in seinem Reiche, der eine selbständige Nebenregierung nicht duldete und von allen wichtigen Vorgängen unterrichtet sein wollte.“

Silvester hat um Entschuldigung und steckte den Kopf ins Nebenzimmer, wo ein größerer Schreibtisch stand, der ebenfalls mit Schriftstücken bedeckt war. „Ist Doktor Schalin nicht hier?“

„Selbstverständlich,“ brumpte der Alte. „Er freilich ist irgendwo; Punkt zwölf ging er. Seit der Zeit warte ich.“

„Und wieder kam ein Räubern und das bekannte Verfluchen eines angefangenen Satzes.“

Gehemrat Trost reiste meistens mit seinem Sekretär, wozu sich noch der Kammerdiener gesellte, falls sich der Aufenthalt auszu dehnen begann. Regelmäßig bewohnte er hier im ersten Stockwerk Schlafraum, Salon und Arbeitszimmer, was ihm in dem vornehmen Hotel das Ansehen eines kleinen Nachtabers gab. Man sprang und dienerte vor ihm und würde eher einen Prinzen unter das Dach verwiesen haben, bevor man diesem Millionär die genohnten Räume abgeschlagen hätte. Denn, kam der Winter, so hatte der Eisenkönig in Berlin seine gesellschaftlichen Verpflichtungen zu erfüllen, wozu ihm der „Internationale Hof“ am geeignetsten erschien. Heute hatte er seinen Privatbeständig in dem arzen, vornehm ausstatteten Sa-

logen, daß die Abne in Pforzheim günstige sind. Bei der Ver-
schiedenheit der Geschäfts- und Betriebsart der Pforzheimer
Hauptindustrie ist der Abschluß eines Tarifvertrags nicht mög-
lich. Bezüglich der Haltung der Polizei während des Streiks
samm ich sagen, daß dieselbe eine besonnene war, wodurch ernste
Ereignisse verhindert wurden. Ich möchte auf einen Artikel des
in sozialdemokratischen Kreisen anerkannten, früher in Pforz-
heim anständigen Gewerkschaftssekretärs Steinmeier im „Zeit-
geist“ hinweisen. In jenem Artikel wird dargelegt, daß der
Streik verfehlt war. Es werden darin den Führern des Me-
tallarbeiterverbandes bittere Wahrheiten gesagt. Es wollten
85 Prozent der Arbeiter nicht streiken, sie wurden aber durch den
Einfluß der Führer zum Streik veranlaßt.

Abg. Köhlin (natl.): Das neue Gemeindevahlrecht hat
zünftig gewirkt und die Verhältniswahl hat sich bewährt. Wir
sinnen nur wünschen, daß dieses Wahlsystem auch auf unsere
Landtagswahlen ausgedehnt wird. Aufgefallen ist es, daß das
Gemeindevahlrecht in verschiedenen Bezirken verschiedene Auslegun-
gen findet, besonders bezüglich der Wahl der Gemeinderäte.
Der Abg. Ged hat sich gegen das Gemeindevahlrecht in seiner
heutigen Gestaltung ausgesprochen. Ich meine aber doch, daß
wir auf diesem Gebiete durch die Verhältniswahl u. die Schlichte-
rung einen Fortschritt gemacht haben. Von einer Stadt der
Städteordnung ist mir eine Beschwerde darüber zugegangen,
daß bei der Zusammenfassung der städtischen Kommissionen der
Stadttrat sowenig vorging, ohne den Vorstand des Bürgeraus-
schusses zu hören. Dem Verlangen, die Kreiswahlen durch ein
besseres Wahlverfahren zu ersetzen, kann ich nur beitreten. Es
gibt auch Kreise, in denen es den Liberalen gerade so geht.
(Zurückruf beim Zentrum: Wo denn?) Im Kreise Baden.
(Erneute Zwischenruf beim Zentrum: Aber in allen andern
Kreisen sind die Nationalliberalen allmächtig! Peterzell.) Auf
keinen Fall soll die Polizei den Interessen irgend einer Seite
Vorschaub leisten. Es ist nicht das richtige Verhältnis, wenn
man die Arbeitgeber immer als die Ausbeuter hinstellen will.
Der Regierung möchte ich verschiedene Wünsche unterbreiten,
die auf eine Besserstellung der Gendarmen, auf eine weniger
scharfe Anwendung der Wapologiei, auf die schnellere etatmäßige
Anstellung der Aussenoren und auf die raschere Anweisung der
Gebühren an die Bezirksbauaufsicht beziehen. Daß der Kampf
gegen den Schmutz in der Literatur und Kunst geführt werden
müß, halten auch wir für wünschenswert. Der Erlaß des Mini-
steriums des Innern über die Finanzpolitik der Städte hat zu
längeren Erörterungen Anlaß gegeben. Der Herr Minister hat
gemeint, der Erlaß stehe im Einklang mit dem Gesetze. Das ist
wohl richtig, aber das Gesetz steht nicht mehr im Einklang mit
der Entwicklung, den die Städte nicht zum Schaden des Staates
genommen haben. Die Frage der Anlebenspolitik ist keine
Frage der Theorie, sondern eine Frage der Praxis. Ich bin
der Ansicht, daß Werke der Städte, die Dauerwerke darstellen
und mehreren Generationen zugute kommen, auch die finanzielle
Zukunft belasten dürfen. Der Staat hat größere Aufgaben zu
erfüllen und es läßt sich keine Finanzpolitik nicht auf die der
Städte umlegen. Ich komme nun auf die Stadt Baden zu spre-
chen. Sie befindet sich als Kurstadt in einer aufsteigenden Ent-
wicklung. Bei der steigenden Frequenz sind die Ansprüche an
die Badanstalten größer geworden, jedoch diese den Ansprüchen
nicht mehr völlig genügen können. Vor allem macht sich der
Mangel an Einzelbädern bemerkbar. Notwendig ist die Schaf-
fung eines Kurmittelhauses und einer weiteren Erweiterung zur
Die Steigerung der Frequenz macht es der Regierung zur
Pflicht, sich um weitere Thermalquellen umzusehen. Sie sollte
sich vor allem darum bemühen, die im Privatbesitz befindlichen
Quellen zu erwerben. Auch die Stadterhaltung Baden ist sich
bemüht, daß die Schaffung neuer Thermalquellen eine Not-
wendigkeit ist. Sie hat daher beschlossene, Schürfungsbemühungen
im Gange. Steinmalb vornehmend zu lassen. Die Regierung
macht Schwierigkeiten, die unüberwindlich sind und in den Kreisen
der Badener Bürgerchaft großes Vertrauen hervorgerufen
haben. Der Redner vertrat jedoch noch verschiedene Wünsche,
die sich auf den Umbau des Landesbades, das Kurhausprovi-
sorium, die Kiosfrage und die rasche Förderung des Baues des
neuen Kurhauses bezogen und richtete an die Regierung das
Ersuchen, die von ihm vorgebrachten Wünsche und Beschwerden
in wohlwollender Weise zu prüfen.

Abg. Fehr von Mellingen (Ztr.): Was die Reform un-
serer Kreisverfassung anlangt, so kam ich mich dem nur an-
schließen, was von Seiten des Reichstages und auch von
anderen Rednern schon vorgebracht wurde. Auf dem letzten
Landtage habe ich verschiedene Wünsche von Gemeindevor-
sitzern und aus dem Kreistale vertreten, die auf eine
bessere Verbindung mit ihren Amtskollegen hingen. Weiter
wünsche ich, daß der Bezug von Elektrizität durch Landgemein-
den gefördert und der Automobilverkehr verbessert wird. Von
Seiten der Landwirtschaftskammer wurden an die Regierung
Wünsche bezüglich der Landesbauordnung gerichtet. Durch eine
Verfügung hat die Regierung seinerzeit bestimmt, daß jede Ge-
meinde einen Mann für die Desinfektion anstellen muß und daß
diese Desinfektoren Kurse zu ihrer Ausbildung mitmachen
müssen. Meine Heimatgemeinde hat dieser Verfügung entspre-
chen und auch die entsprechenden Apparate angeschafft. Nun
scheint die Regierung ihre Verfügung gerent zu haben, denn sie

hat nachträglich bestimmt, daß für mehrere Gemeinden Bezirks-
desinfektoren angestellt werden. Damit ist meine Gemeinde
nicht einverstanden. Der Redner hat verschiedene Wünsche
der Stadt Baden vertreten. Ich habe mich auch schon wiederholt
hier im Hause der Interessen der Kurstadt Baden angenommen
und möchte heute die von dem Redner ausgesprochenen
Wünsche unterstützen.

Abg. Vogel-Rastatt (Z. B.): Der Streik der Arbeiterschaft
der Waggonfabrik Rastatt hat nach dem Bericht der Fabrikinspek-
tion einen hartnäckigen Verlauf genommen und Erscheinungen
gezeigt, welche die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt haben.
Wenn wir unter allgemeinen sozialpolitischen Grundansätze-
lungen die Vorgänge jenes Streikes an uns vorüberziehen las-
sen, so finden wir vieles, was unser Interesse erweckt. Der
Abg. Schmidt-Karlsruhe hat die Auffassung vertreten, daß der
Streik etwas unüberlegtes gewesen sei. Herr Schmidt scheint
offenbar nicht genügend unterrichtet gewesen zu sein. Der
Rastatter Streik hat seine Vorgeschichte, die zwei Jahre zurück-
liegt. Was die Arbeiterschaft gefordert, war bescheiden und
immerhin diszipliniert. Die Fabrikleitung verhielt sich aber
durchaus ablehnend. Der Streik war nicht das Ergebnis der
Gehe von Führern, sondern eine durch die Haltung der Fabrik-
leitung veranlaßte spontane Bewegung. So wurde der Streik
auch von der Bürgerchaft in Rastatt beurteilt. Ohne Unter-
schied der politischen Richtung beteiligten sich die Arbeiter an
dem Streik. Wenn in einer solchen Weise die Arbeiterschaft zu-
sammenhält, dann hat man es mit einer überlegten Bewegung
zu tun. Die Bewegung hätte vermieden werden können, denn
die Arbeiter waren bereit zu verhandeln. Das wurde von der
Fabrikleitung grundsätzlich abgelehnt. Sie hat also die Bewan-
tung des Streiks auf sich geladen, eine Verantwortung, von
der der Minister kürzlich sagte, daß sie eine schwere sei. Daß
die Fabrikleitung ein Einlenken nicht beabsichtigte, zeigt für
mangelnde Einsicht in das Wesen unserer Arbeiterschaft. Sie
wollte die Organisation der Arbeiter nicht anerkennen. Das
ist ein Standpunkt, auf den sich kein Mensch, der unsere sozial-
wirtschaftlichen Verhältnisse richtig beurteilt, stellen kann. Der
Herr Minister hat auf dem letzten Landtag hier in diesem Hause
ohne Widerspruch und im anderen Hause bei dem von einer
Seite erhobenen Widerspruch von unserer Arbeiterschaft
auf einer großartigen Bewegung gesprochen. Die Haltung der
Rastatter Fabrikleitung zeigt von einer gegenteiligen Auffas-
sung und läßt erkennen, daß sie kein Verständnis für die mo-
derne Arbeiterbewegung hat. Die Koalition der Arbeiter muß
erhalten bleiben. Wenn die organisierten Arbeiter über ihre
Lohnverhältnisse mit einer Fabrikleitung verhandeln wollen,
dann sollte diese die Verhandlungen nicht zurückweisen. Der
Rastatter Fabrikleitung drohte von ihrem Arbeitgeber, dem ba-
dischen Staat, eine Konventionstrafe, und sie hoffte durch den
Streik eine besondere Rücksicht von Seiten des Staates erwarten
zu dürfen. Bei ihrer Haltung hat die Fabrikleitung auch jede
Rücksicht auf das allgemeine Wohl außer Augen gelassen. Sie
kann nur ein Ziel, die Auflösung der Organisation. Sie hat
sich zur Tötung von Demunzationen gemacht. Sie hat dann
weiter etwas getan, was nicht hätte geschehen dürfen, sie hat von
außen Arbeitswillige bezogen, bei denen die Arbeitererlust
größer war, als die Arbeitslust, und mit denen sie nicht viel
erzielen konnte. Der Abg. Kolb hat von einem Redner gespro-
chen, in welchem die Arbeiter unterzeichneten mußten und in
welchem es hieß, daß sie keiner Organisation angehören und
keine Ausständigen unterstützen dürfen und in dem weiter der
Satz stand: „Wir sind uns der Konsequenzen bewußt, wenn
wir hiergegen handeln“.

Das hat die Fabrikleitung getan in dem Augenblick, in dem
sie die Konsequenzen ihrer Zugehörigkeit zur Arbeitgeberorgani-
sation zog und damit gezeigt, daß sie die Organisation der Ar-
beiter nicht anerkennt. Wenn man all das zusammenstellt, so
wird man in der Beurteilung der streikenden Arbeiter in Rastatt
zu einer anderen Auffassung kommen, als wenn man seine An-
sichten lediglich auf Gerichtsurteile stützt. In der ersten Zeit
des Kampfes war die Sympathie der Bürgerchaft in Rastatt
ganz auf Seiten der Arbeiter, denn der Streik wurde mit Diszi-
plin und Ruhe geführt. Die Erregung setzte erst ein, nachdem
die Hamburger Arbeitswilligen von der Fabrikleitung bezogen
worden waren, und die Erregung steigerte sich bei dem Eingrei-
fen der Polizei. Ich glaube, es wäre nicht nötig gewesen, daß
die Polizeiochane dem Revolver umgeschuldet tragen, denn nach
meiner Kenntnis waren die Streikenden auch nicht bewaffnet.
Arbeiter, die eine sehr gute Beschäftigung hatten, haben sich unter
Einschaltung ihrer ganzen Kräfte an dem Streik beteiligt, um
für ihre Arbeitskollegen bessere Verhältnisse schaffen zu helfen.
Aus reinem sozialdemokratischen Pflichtgefühl schloßen sie sich der Bewe-
gung an. Ich meine, solchen Leuten kann man die Achtung
nicht verjagen. Der Redner kam sodann auf verschiedene
Berichtsberhandlungen zu sprechen, welche gegen Streikende
verhängt wurden, wies an der Hand verschiedener Beispiele
nach, wie wegen Aufregungen, hinter denen keine besondere
Verleumdung stecke, Strafen erfolgten und hielt es nicht für an-
gebracht, daß die Staatsanwaltschaft bei Antragsdelikten, bei
denen keinerlei öffentliche Interessen vorliegen und von denen
sie vielfach Kenntnis durch die Fabrikleitung erhielt, Anträge

erhoben hat. Im allgemeinen Interesse muß man verlangen,
daß auch bei Streiks die Staatsanwaltschaft nicht in dieser
Weise vorgeht. Sie soll ein Organ der objektiven Strafrechts-
pflege sein und nicht gewisse Interessen vertreten. Sehr zu
wünschen wäre es auch, wenn bei den Leuten, die sich aus sozia-
lunischen Gründen dem Streite anschließen und wegen einer in
der momentanen Aufregung ausgesprochenen Äußerung Strafen
verhängt wurden, die Bestimmungen des Strafausschusses ange-
wendet würden. Alle menschlichen Gebrechen sollen menschlich
gefaßt werden. Strenge ist am Platze in der Zeit des Kamp-
fes. Großherzigkeit und Milde sollten aber walten, wenn der
Kampf zu Ende ist. (Beifall bei der Fortschrittlichen Volks-
partei und den Sozialdemokraten.)

Abg. Blümmel (Zentr.) nahm in kurzen Darlegungen Stel-
lung zu verschiedenen in der Debatte erörterten Fragen und
vertrat dann einige Wünsche von Gemeinden seines Wahlkreises.
Er ersuchte die Regierung, der Gemeinde Hünzchen einen Beitrag
für ihr Schulhaus, der Gemeinde Bernau einen Beitrag für
ärztliche Hilfe und der Gemeinde Lohmooos einen Beitrag für
ihre Wasserleitungen zu gewähren.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Schmidt (Zentr.)
und Dr. Vogel (Fortschr. Pp.) wurde die Sitzung geschlossen.
Nächste Sitzung: Dienstag 9 Uhr. — Tagesordnung: Fort-
setzung der Beratung.

Gerichtszeitung. Karlsruher Schwurgericht.

§ Karlsruhe, 20. April.

7. Meineid.

In geheimer Sitzung beschäftigte das Schwurgericht die
Anlage gegen die 22 Jahre alte Kettenmacherin Karoline
Unsel aus Oetisheim, wohnhaft in Pforzheim, wegen Me-
neids. Die Verhandlung leitete Landgerichtsdirektor Oser.
Staatsanwalt Dr. Hafner vertrat die Anklagebehörde. Die
Verteidigung der Angeklagten führte Rechtsanwalt Becker.
In einer am 8. März vor dem Schöffengericht Pforzheim
anstehenden Hauptverhandlung gegen die Ehefrau Emilie
Eberle aus Pforzheim wegen Gewerkschaftsbruch wurde die Ange-
klagte als Zeugin vernommen. Sie hatte einige Wochen mit
der Eberle zusammengeohnt und sollte Auskunft darüber geben,
ob ihr bekannt sei, daß die Eberle eines nachts jemanden mit
nach Hause gebracht habe. Die Unsel machte unter ihrem Eid
eine derartige Aussage, mit der Behauptung, daß sie nicht wisse,
wer die fragliche Person gewesen sei. Auf Grund dieser eidi-
schen Angabe der Unsel wurde die Eberle vom Schöffengericht
Pforzheim mit 2 Wochen Haft bestraft. Später erstattete nun
die Eberle Anzeige gegen ihre frühere Mitbewohnerin unter
der Behauptung, daß deren eidliche Aussagen durchaus unwahr
seien und auf Erfindung beruhten. Auf Grund dieser Anzeige
wurde gegen die Unsel ein Verfahren eingeleitet, in dessen Ver-
lauf sie zugestand, unter ihrem Eid in der Tat etwas unwahres
angegeben zu haben. Das, was sie vor dem Schöffengericht aus-
gesagt habe, entspreche nicht den Tatsachen. Warum die Unsel,
die sich heute vor dem Schwurgericht wegen Meineids verant-
worten mußte, die Eberle durch ihre falschen Aussagen aus dem
Verfahren belästigt habe, konnte nicht ganz aufgeklärt werden, da die bei-
den Frauenpersonen miteinander in bestem Einvernehmen ge-
lebt hatten und keinerlei feindselige Stimmung zwischen ihnen
vorhanden war. Die Unsel hatte — und darauf darf wohl ihr
strafbares Verhalten zurückzuführen sein — anderen Perso-
nen gegenüber die unwahre Darstellung, wie sie sie vor dem
Schöffengericht gab, ohne jeden Anlaß und Anhaltspunkt dafür
erzählt und wollte von dem, was sie der Frau Eberle nachsagte,
nicht mehr abweichen. Die Angeklagte war in der Hauptver-
handlung geständig.

Die Geschworenen sprachen die Unsel des fahrlässigen
Falschens schuldig, was deren Verurteilung zu 1 Jahr Ge-
fängnis, abzüglich 2 Wochen Untersuchungshaft, zur Folge
hatte.

Aus der Partei.

Der 1. Mai.

Aus Zürich wird uns berichtet: Die Zentralschulpflege hat
beschlossen, am 1. Mai die Schule freizugeben. Die Präsi-
dentenkonferenz der Kreisenschulpflegen hatte beantragt, über die
Freigabe des 1. Mai die einzelnen Kreise entscheiden zu lassen.
Dieser Vorschlag wurde, da er für den Betrieb der Schule mög-
liche Unzulänglichkeiten im Gefolge haben würde, abgelehnt
und beschlossen, die Frage für das ganze Gebiet der Stadt ein-
heitlich zu regeln. — Durch diesen Beschluß der Zentralschul-
pflege wird eine alte, wohlverdiente Forderung der zürcheri-
schen Arbeiterschaft erfüllt. Im Jahre 1896 wurde erstmals
um die Freigabe des Mattages von der sozialdemokratischen
Arbeiterschaft petitioniert, selbstverständlich mit negativem Er-
folg. Nach verschiedenen Anläufen der Arbeiterorganisationen

gestellt. Feinheit der Empfindung spricht aus der Plastik „Früh-
lingserwachen“ von B. Werten. Angenehme Eindrücke und
Erinnerungen vermitteln die Arbeiten von Matthäi, Kenger,
Vieher, Pforz, Beckl, Schroeder, Wille, Strüt-
gel, Osthoff, Spitznagel. Als einen der besten oder viel-
leicht als den besten deutschen Bildhauer kann man den Berliner
Hugo Lederer bezeichnen. Seine ausgestellten Werke sind
von so großzügiger Auffassung und einer künstlerischen Abge-
klärtheit, wie man sie selten findet. Sein „Fechter“ und die
Wüste von A. Strauß sind erstklassige Meisterwerke.

In den strengen Rhythmus der Antike erinnern die eben-
falls großzügig aufgefassen Werke von Hoefer. In feier-
lichen Tönen preist Diefiler die Schönheit des Schwarzwalds
in seinen ausgestellten Bildern, desgleichen Liebich Curt,
Eyth, Frumant, R. Daubner, Haller L., Kamp-
mann Gustav. Auch die Elffler Haffen, L. Schulz,
Wettel, Stoskopf haben ihre engere Heimat verherrlicht.
Wettel, Stoskopf vermittelt uns F. Wallisch in
seiner poetisch erfassen „Alten Bräute“. Im Saal 12 zeigen
u. a. sehr gute Werke Steinhausen „Im Lande der Ferne“,
Walter Georgi „Schwäbin“, Carlos Grethe fällt auf
mit dem realistisch aufgefassen Bild „Fischerboote“. Weiter
sind mit mehreren Bildern vertreten Gähler, der Bekannte
Brecht, Moelt S., Müller, Dahan, Dorff,
Wader, Hollenberg, Fehr u. a. Feinfinniger Rhythmus
beherrscht die Bronze-Statuette „Diana“ von Schreißig.
Leider ist es nicht möglich, im Rahmen einer derartigen Be-
sprechung alle die ausgestellten Arbeiten mit Kommentaren zu
versetzen, denn es sind „Hrter so viele“, 606 im ganzen. Aber
alles in allem: Baden-Baden kann stolz sein, beachtliche Kräfte
des menschlichen Schaffens zu haben. Es ist nur zu wün-
schen, daß auch alle sich der Segnungen, die von ihnen aus-
strömen, teilhaftig machen und die Ausstellung besuchen. Der
billige Preis der Karten, die die Ausstellungslernung in ausor-
dnungsmäßiger Weise dem Gewerkschaftsartikel zur Verfügung ge-
stellt hat, ermöglicht dies jedem.

Den ausstellenden Künstlern, insbesondere den ruffreien-
den jüngeren, die mandmal auf wirtschaftlich sehr schwachen
dem Boden stehen, ist von Herzen zu wünschen, daß ihre Schaffen
von Erfolg begleitet sein möge und ihre Kunst Käufer finde.
O. R.

lon aufgeklogen, mit der Aussicht nach dem Platz, auf
dessen kahlem Gestirck noch immer der Regenpunkt des
grauen Tages hing, der auch die berühmten historischen
Heldenfiguren fast schwarz erscheinen ließ. Die Menschen
schlichen wie Schatten dahin, und weit drüben sah man ein
erleuchtetes Fenster, was den Aufchein erweckte, als ginge
man bereits dem Abend entgegen.
(Fortsetzung folgt.)

Deutsche Kunstausstellung Baden-Baden.

(Schluß.)

Schöne mit liebevoller Hingabe entworfen und gezeichnete
Dolchschnitte, Lithographien, Radierungen und Zeichnungen sind
im Saale 1 und 2 untergebracht. Auch Aquarelle finden wir da
in größerer Zahl, unter denen W. Georgi mit seinem „Markt“
und „Abdial“ auffällt. Eine bizarre Künstlerlaune hat bei
D. Stell mit seinem „Stier auf Kugel“ Ausdruck gefunden.
Großzügig hat Gaele-Berlin seine „Robin“ behandelt.
Auch die anderen Kleinplastiken sind durchweg gut und material-
gerecht aufgefassen.
Eine stattliche Anzahl vorzüglicher Werke bewährter Meister
birgt der große Saal im Hauptgebäude. Allen voran Hans
Thoma, der in seinem Bild „Pfingstmontag“ mit dem Pinzel
ein Bild wunderbarer Feinheit geschaffen hat. In den an-
spruchlosten Motiven „Erntereise Kornfeld“, „Eberische“ zeigt
uns D. v. Volkmann alle Vorzüge seiner Kunst. D. v.
Bügel ist mit einem Tierbild „In Erwartung“ vertreten.
Von L. Dill finden wir drei seiner feinsten Pinselfertigen
Landschaften. „Bretschwimmer“ nennt H. v. Stüd sein leben-
sprühendes Bild. Mit künstlerisch abgeklärten Bildern sind die
Berliner Rappf, Corinth und Liebermann vertreten.
Kaspar Ritter zeigt drei seiner fälschlich gemalten, aber
gern gekauften Bilder, wogegen von Carlos Grethe drei
wetterharte Lotien auf seinem Bilde zeigt. Angenehme Ein-
drücke vermitteln uns auch die Arbeiten von Nagel, W.
Brecht, Eichrodt, S. v. Kalkreuth, Kallmorgen,
Gaug u. a. Von den Reizen des Sommers, von reisendem

Werkensfeld und blauen Kornblumen erzählt uns Hans
Linger in seinem Bild „Sommer“. Plastiken von Volk-
mann „Flora“, Schreißig „David“, Büden von Hoe-
fer, deren eine weiblicher Kopf von intimer Reiz umgeben ist,
bervollständigen den großen Saal.

Professor Trübners Werke sind im Saale 4 unterge-
bracht. Da auch mehrere seiner früheren Werke, die sich jetzt
im Privatbesitz befinden, ausgestellt sind, gibt der Saal ein ge-
treues Bild der Entwicklung des eigenartigen Künstlers. Unsere
Saal 5. In Farben schwebt hier auch Pauerisen in seiner
„Bernauer Landschaft“ und zwei Porträts. Feinheit
und Empfindung spricht aus den Bildern von Hans Keller.
Drei seiner großzügig aufgefassen Bilder zeigt hier auch Rüd.
Sollweg. In seiner bizarren Kunst etwas mehr geklärt als
früher stellt sich E. R. Weib vor. Gute Bilder haben auch
Petersen, Oberländer, Eichrodt, Veit, Lesser,
Knapp, Ravenstein, v. Bogt, Wucher, Freitag,
Raumann, Mütter und andere ausgestellt, deren Vorzüge
zu erwähnen zu weit führen würde. Kleinplastik aus ver-
schiedenem Material wie Holz, Bronze, Majolika, Terrakotta,
Marmor finden wir im Saal 6. Hier hat Sieferle (Lahf)
ein Marmorrelief „Heilige Cäcilia“ ausgestellt, das in Auffassung
und Ausführung gleich vorzüglich ist und an die Relief-Meister-
werke eines Donatello erinnert. Als Frontier lernen wir Sie-
fer (Charlottenburg) mit seinem Bild „Dame mit Waff“ ken-
nen. Als vorreffliche Arbeit kann E. Würtzenbergers Delo-
rationsmaler bezeichnet werden. Eine bizarre Idee hat M.
Pretfelder ausgedacht, „Selbstbildnis mit Waite“.

Ebenfalls Bildnisse haben in den Sälen 6 und 7 ausgestellt
Gagemann, Gräber, Scholz, Legwisch, Koppe und
Gehardt. Künstlerisch abgeklärt sind auch die meisten Land-
schaften und Genre-Bilder, die wir hier sehen, bei denen haupt-
sächlich Karlsruher und Straßburger Künstler vertreten sind.

Der Baden-Badener Künstler A. A. Koch eröffnet mit drei
seiner Bilder den Reigen im Saal 9, der ebenfalls eine Fülle
der Schönheit beherbergt. Feinfühlig gesehen ist das Bild „Fol-
fenshatten“ von R. Gönner. Das Bild der armen Mutter,
ihre Leiden, die Merkmale ihres harten Kampfes um das Leben
hat Köpfer in seiner Holzstatuette „Mutter und Sohn“ dar-

beschloß die Zentralschulpflege im Jahre 1908 mit Stichtenscheid des damaligen Schulvorstandes Preißer Freigabe des 1. Monatsmittags. Heute, zehn Jahre später, ist der ganze schulpflege Maitag bewilligt worden, allerdings auch diesmal nicht mit Zustimmung des Schulvorstandes, aber doch mit einer ansehnlichen Mehrheit der Zentralschulpflege. Das ist ein Erfolg, auf den die zürcherische Arbeiterschaft stolz sein darf.

Man sieht hier, wie borniert rückständig wir hier gegenüber der Schweiz sind.

Die Wehrvorlagen im Reichstag.

44. Sitzung vom 22. April.

Am Bundesratssitzung: Reichstanzler v. Bethmann-Hollweg, Delbrück, v. Kiderlen-Wächter, Tirpitz, v. Heeringen und Kühn. Auf der Tagesordnung stehen die Wehrvorlagen.

Reichstanzler von Bethmann-Hollweg: Die Vorlagen betreffen eine Verstärkung unserer Kriegs- und Verteidigungsarmee. Ihr Schwerpunkt liegt in den organisatorischen Neuerungen, deren Begründung die Leiter des Ressorts geben werden. Ich beschränke mich auf einige allgemeine Gesichtspunkte. Die Vorlagen sind nicht eingebracht im Hinblick auf eine unmittelbar bevorstehende drohende Situation. (Bravo!) Trophäen würden wir gewissenlos handeln, wenn wir unsere Wehrmacht nicht stets auf der Höhe halten würden. Die friedlichen Verhandlungspunkte zwischen den Völkern haben immer mehr zugenommen, aber in dem Konkurrenzkampf der materiellen Interessen können doch andererseits manche neue Konfliktpunkte entstehen. Ich bedauere die alarmierenden Gerüchte, die vielleicht von mißverständlichen Patrioten durch erregte Presseverleumdungen ausgebreitet werden, um die notwendigen Rüstungsmaßnahmen angeblich zu fördern. (Sehr richtig!) Ich habe die Überzeugung, daß keine Regierung gegenwärtig daran denkt, uns anzugreifen (hört, hört! links), aber wiederholt sind Völkern durch fanatisierte Minoritäten in einen Krieg gehetzt worden. (Hört, hört! rechts.) Diese Gefahr besteht noch heute. (Hört, hört!) Nach unserer Wehrkraft bemittelt man unseren Wert als Freund und Bundesgenossen und bewertet uns auch als eventuellen Gegner. (Bravo! rechts.) Wir werden von dem Grundsatze einer gesunden Finanzpolitik keine Ausgaben ohne Deckung, nicht abweichen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist der reine Hohn.) Was die Nichterbringung der Erbschaftsteuer anbelangt, so würde ihre Ausdehnung 60 Millionen Mark Ertrag liefern. Die Aufhebung 60 Millionen Mark kommen wir aus und andererseits würde die Wiedereinbringung der Erbschaftsteuer die Kluft unter den bürgerlichen Parteien nur vergrößern. (Lebhafte Aha-Rufe links.) Für einen großen nationalen Zweck: die Wehrhaftmachung Deutschlands ist eine nationale Pflicht: die Wehrhaftmachung Deutschlands, ist die Einmütigkeit der Volkstretung nötig. Je mehr Kampf zwischen den Parteien jetzt ruht, desto mehr kommt der nationale Wille zum Ausdruck. Durch die Stellung, die Sie zu der Vorlage einnehmen, können Sie, darum bitte ich Sie, der Welt einen neuen Beweis für die einheitsvolle, opferbereite und in die Zukunft voraus schauende Vaterlandsliebe der Nation geben. (Bravo! rechts.) Eine schnelle und mächtige einmütige Verabschiedung der Vorlage würde der Erhöhung des Ansehens und der Macht der Nation dienen. (Lebhaftes Bravo der Mehrheit, Bisphen bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Heeringen: Eine allabwärtige Verstärkung des Heeres und seiner Kriegsfähigkeit ist eine unbedingte Staatsnotwendigkeit. Es handelt sich um keine unmäßige Verstärkung. Es kommt auch nicht in Betracht, an Zahl allen unseren Gegnern überlegen zu sein. In Deutschland muß nach wie vor die Überlegenheit der Armee und der Bewaffnung in der Organisation und der Ausbildung, ferner in dem operativen militärischen Geist seiner Soldaten, ja seines ganzen Volkes, liegen. Die jegliche Vorlage gebe dem deutschen Heere die ausreichende Verstärkung, vor allen Dingen aber werde die Schlagfertigkeit innerlich noch mehr gefördert. Der Kriegsminister weist darauf hin, daß die Vorlage am 1. Oktober 1912 in Kraft treten solle. Sie bringe eine schnellere Durchführung der Friedenspräsenz und eine Ergänzung derselben. Der Kriegsminister erörterte nun die militärischen Forderungen im einzelnen und sagt zum Schluß: Wir haben das unbedingte Vertrauen zum deutschen Reichstage, daß er in einer Frage, von der unter Umständen die Existenz Deutschlands abhängt, das Seine ohne Unterschied der Parteien tun wird. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz: Mit der neuen Marinevorlage wollen wir lediglich Mängel in dieser Organisation beseitigen. Der eine Mangel besteht in der Entlassung der Reserve im Herbst. Der zweite Mangel liegt in dem Verhältnis unserer sofort verwendbaren Seestreitkräfte zur Gesamtkraft unserer Flotte.

Jede Nation muß heute mit der Wahrscheinlichkeit, mit der Möglichkeit des plötzlichen Ausbruchs eines Krieges rechnen. Ich erinnere an das historische Beispiel von Port Arthur. Jede Nation muß darnach trachten, der anderen zuvorzukommen. Das ist der zwingende Grund für die Notwendigkeit sofortiger Bereitstellung eines erheblichen Teils der Flotte. Ich habe Konzeptionen machen müssen und damit eine schwere Verantwortung übernommen. Ich möchte aber ausdrücklich betonen, daß die Material-Reserve, auf die wir verzichten wollen, künftig wieder angefordert werden wird. Die Kosten der Vorlage sind verhältnismäßig nicht groß.

Staatssekretär des Reichsschatzamts Kühn: Seit 1900 ist ein Wandel in der Finanzpolitik eingetreten. Wir haben gleichzeitig einen Weg beschritten, der uns aus der Finanznot herausgerettet hat. Die Schuldenlast des Reiches darf nicht vergrößert werden, neue Anforderungen dürfen ohne Deckung nicht bewilligt werden. Wohlhabenheit der Bürger ist die beste Sparkasse für den Staat in den Stunden der Not. Die Besteuerung kann unmöglich alle Einzelheiten des Verkehrs berücksichtigen, alle Härten vermeiden. Die Steuerkraft muß lenksam geschont werden. Es dürfen auf längere Zeit nicht Gegenstände belastet werden, die dem Massenkonsum dienen. Der Staatssekretär verweist auf die Monopolläne. Wegen der tatsächlichen und sonstigen Schwierigkeiten kann zurzeit eine Vorlage nach dieser Richtung hin nicht gemacht werden. Auch die Steuer auf Vermögen und Einkommen lehnt der Schatzsekretär ab, weil diese den Bundesstaaten zukommen, während auf die Erbschaftsteuer zum Teil das Reich schon seine Hand gelegt hat. Die Erbschaftsteuer wird auch eines Tages für Deutschland kommen, aber heute noch nicht, denn in letzter Lesung würden wir die Steuer vermutlich doch nicht bewilligt bekommen. (Lachen links.) Für die Regierung bietet sich also nur die Bewilligung der Liebesgabe, mit der zugleich ein Moment des Vermögens für die nächsten Jahre erwarten. Es klingt wie ein Hohn, wenn man sagt, daß durch das Quinquennat Stabilität in die Wirt-

Abg. Haase (Soj.): Kein Mensch hat vor einem Jahre geglaubt, daß wir heute vor neuen militärischen Forderungen stehen werden. Wir müssen nach den heutigen Ausführungen neue Forderungen für die nächsten Jahre erwarten. Es klingt wie ein Hohn, wenn man sagt, daß durch das Quinquennat Stabilität in die Wirt-

schancen gebracht werde. Die militärischen Versicherungen können keinen Wert mehr beanspruchen. Was in Frankreich geschah, ist keine Schaffung neuer Gabeln, sondern eine Umgestaltung der bisherigen. Auch die Befehle, was keinen neuen Mann nötig machen. Auch die Befehle, daß Frankreich Eingeborene aus seinen Kolonien heranziehen könne, besteht einzuweisen nicht. Der neue Zustand in bezug auf eine andere Sprache. Frankreich ist an der Grenze seiner militärischen Fähigkeit angelangt und denkt nicht an einen Angriffskrieg gegen Deutschland.

Warum also die neuen Heeresforderungen? Der Reichstanzler hat in dieser Beziehung nichts gesagt und eine Rede gehalten, wie wir sie von Oberlehrern bei Schauspielen gewohnt sind. Diese Rede hätte auch zur Begründung des dreifachen Forderungsausgleichs dienen können. Auch wir wollen das Reich nicht wehrlos machen, treten aber den Forderungsausgleich innerlich des Volkes mit aller Kraft entgegen. Dazu bedarf es einer

demokratischen Volkswehr. Vielleicht gewinne auch der deutsche Kaiser, wenn er in diesem Herbst die Schweiz besucht, ein günstiges Bild von den Leistungen der Wehr. Gegner der Wehr sind diejenigen, die das Heer gegen den inneren Feind gebrauchen wollen, wie wir es jüngst wieder im Ruhrgebiet erlebt haben. Die Arbeiter müßten ja selbst im Inneren handeln, wenn sie auch nur einen Pfennig zur Stärkung dieses Systems bewilligen würden. Wir verlangen auch die Vereinfachung des Einjährig-Freiwilligenwesens und die Gleichstellung aller Soldaten. Die Steigerung der Rüstungen ist nur eine

neue Gefahr des Friedens. Wir müssen die Rüstungen einschränken und das Deutsche Reich ist stark genug, um den ersten Schritt tun zu können. Es ist in der Öffentlichkeit verbreitet worden, England hätte uns überfallen wollen. Das muß uns doch erst nachgewiesen werden. Ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß eine Verständigung mit England durchaus möglich ist. Es wird sich auch ein Weg zu Rüstungseinsparungen finden lassen. Der Reichstanzler hat gemeint, alle Regierungen seien friedlich. Wenn die Sache so liegt, dann müßten doch wenigstens die Regierungen zu einer Vereinbarung kommen. (Sehr richtig! links.) Die Regierungen könnten es ja dann den Parlamenten überlassen, ob sie eine Verständigung wollen oder nicht. Deutschland will eine Verständigung, und wir müßten die Hand dazu bieten. Wir dürfen uns nicht von einer Minderheit in weiteren Rüstungen hineinziehen lassen. Wie die Stimmung in Deutschland ist, das beweisen unsere 4 1/2 Millionen Stimmen. Diese 4 1/2 Millionen Stimmen lassen sich nicht in einen Krieg ziehen.

(Sehr richtig! links.) Es ist eine kleine Minderheit, die in Deutschland zum Krieg heftig und diese Minderheit steht politisch dem Reichstanzler viel näher als die Mehrheit. (Lebhaftes Zustimmung.) Der Reichstanzler stellt ja auch die Presse der Schwerindustrie und er weiß, welche Kriegshetze sich da breit macht. Es ist eine gewisse Gewissenlosigkeit, wie in diesen Kreisen zum Krieg gehetzt wird. Der Reichstanzler soll sein Augenmerk richten auf dieses geradezu gemeingefährliche Treiben des Flottenvereins und des Wehrvereins. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dann gibt es auch noch eine kleine Gruppe, die von Raubjucht geleitet wird, die für ihre Schöne eine Verfassung haben will. Dagegen müßte Front gemacht werden. Aber die Vorlagen scheinen einen klaren Beweis zu liefern dafür, daß die Regierung sich ins Schlepptau nehmen läßt von diesen Schamachern und Kriegsschreibern. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung muß zu einer Verständigung kommen, weil das Volk die schweren Lasten nicht mehr tragen kann und will und weil darunter Kulturaufgaben leiden.

Wenn es zum Krieg kommt, wie wird dann die Lage sein? Die wichtigsten werden sich eine Vorstellung machen, was ein moderner Krieg bedeutet. Ein Krieg wird uns heute Ansummen kosten. 18 Millionen täglich, wie jüngst berechnet worden ist, ist noch viel zu niedrig für einen modernen Krieg. Es werden 25 Millionen und mehr täglich sein. Schlimmer noch als diese Kosten ist der Zusammenbruch des ganzen Wirtschaftssystems, Hunderttausende werden brotlos werden. Das Kreditwesen wird den schwersten Schlag erleiden. Wie kann man da noch einen Krieg wünschen, ganz abgesehen von dem Jammer, der über Hunderttausende gebracht wird. Da müßte doch wenigstens ein Versuch gemacht werden zu einer friedlichen Verständigung zu kommen.

Der saßt nun bei uns die Kosten für die Rüstung? Die ärmere Schichten aufgrund der indirekten Steuern in Deutschland, während in England die Kosten gedeckt werden durch die Wohlhabenden, durch eine Einkommensteuer, die erst bei 3000 M. beginnt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unsere gegenwärtigen Heeresvorlagen tragen bereits den Keim zu neuen Vorlagen in sich. Die Belastungen der Armen und Minderbemittelten hören eben gar nicht auf. Die Wohlhabenden drücken sich nach Möglichkeit, aber die Regierung sich nicht hat entschließen können, eine Erbschaftsteuer einzubringen, lediglich mit Rücksicht auf die Reichen. Die Regierung hätte ja die Erbschaftsteuer schließlich eingebracht, wenn sie nicht gewarnt worden wäre von der ihr nahestehenden Partei. Gegen die neuen Rüstungsvorlagen werden wir wohl allein stimmen. Die liberalen Parteien, auch die fortschrittliche Volkspartei werden den Vorlagen, wie sie gemacht wurden, schon bekommen für die Heeresvorlage, und dann werden wir überzeugt sein von der Notwendigkeit der neuen Vorlage und werden schweren Herzens zustimmen. Eugen Richter hätte wohl mit ändernder Schärfe diese Vorlagen verworfen, ein Oberleutnant v. Wartenstein hat diese Vorlagen ebenfalls verworfen. Er hat gemeint, daß sie nur aus persönlichen Gründen eingebracht seien. Auch die liberalen Parteien sind mitgerissen worden von der imperialistischen Stimmung. Aber das Erwachen wird schließlich sein. Wir Sozialdemokraten wollen keine neue Truppenvermehrung.

Wir wollen aber eine bessere Lösung der vorhandenen Mannschaften.

Diese Forderung sollte gleichzeitig erfüllt werden. Jetzt soll aber die Mannschafslösungserhöhung erst vom 1. April ab beginnen. Wer bürgt uns dafür, daß das geschieht, wer weiß, ob der Reichstanzler am 1. April nächsten Jahres noch vorhanden ist? Und Herr Kühn ist vielleicht auch nicht mehr an seinem Platze, es ist ja jetzt ein Kommen und Gehen. (Heiterkeit.) Das Tollste ist ja, was in der „Reichs“ geschrieben worden ist. Da hat man lesen können, daß die Mannschafslösungserhöhung gar nicht nötig seien. Es würde doch nur in vier umgekehrt. Eine merkliche Rolle spielt der jegliche Schatzsekretär Kühn. Er löst seinen Vorgänger, indem er diese Vorlage empfiehlt. Den besten Finanzkennntnissen, wurde abgesetzt; er ist aber aus der Verfassung aufgetaucht und hat uns die Schwächen der Vorlage aufgezeigt. Die Regierung hat, sie steht noch auf dem alten Grundfuß und dabei nimmt sie Abstand von der verstärkten Schuldenlast und verwendet die Liebesgabe zur Deckung der Rüstungsvorlage. Wie schwach sind die Voraussetzungen der Regierungsvorlage! Wer gibt uns Gewähr, daß

im nächsten Jahre wieder so gute Einnahmen vorliegen? Der Regierungsvorlage und die Deckung ist weiter nichts als ein teures Haus, das beim leichten Hauch zusammenfällt. Der Kosten wieder gedeckt werden von den minderbemittelten Klassen, umsatzsteuer und die erhöhte Zuckerteuer sollen nicht ermäßigt werden, also wieder neue Belastung des Verkehrs und des Handels, die auch die jegliche Art der Aufhebung der Liebesgabe bringt.

Darüber sind wir uns wohl alle einig, daß die Vorlagen nicht über das Anie gebrochen werden können. Die Vorlagen müssen gründlich beraten werden. Der Reichstag würde sich etwas von seiner Würde verbergen, wenn er in einer Kurzklausur die Vorlage verabschieden wollte. Der Reichstag sollte sich nicht in gottgefallener Abhängigkeit. Der Reichstag ist auch keine nachgeordnete Behörde. (Heiterkeit.) Wir wollen keine Steuern auf Vorrat beschließen. (Heiterkeit.) Wir wollen keine Steuern auf Vorrat beschließen, aber wenn die Gefahr besteht, den Armen auferlegt werden, so muß dem vorgebeugt werden, indem wir für andere Deckung sorgen.

Wir werden dafür eintreten, daß die Mannschafslösung schon jetzt erhöht wird, daß die Zündholzsteuer und die Salzsteuer befreit werden, und wir werden dafür sorgen, daß nicht noch neue indirekte Steuern eingeführt werden. Im übrigen wird unsere Aufgabe sein, gegen alle Kriegshetze Front zu machen, und darüber sind wir einig mit der Sozialdemokratie aller anderen Länder. Wenn wir unsere Politik durchsetzen können, wird es eine Politik der freiwilligen und friedlichen Entwicklung geben, von der die Völker Vorteil haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spohn (Zentr.): Wir erwarten weitere Ausführungen in der Kommission. Auch wenn kein Krieg droht, auch in Zukunft nicht, unser Heer müssen wir auf der Höhe halten. Mit Zahlen-Wägen allein ist es aber nicht getan. Manche Wählmachung ist jetzt alles. Wir würden diese unsere Pflicht verletzen, wenn wir nicht das Notwendige bewilligen würden. Kein Staat darf die Reizung verspüren, mit uns anzuhängen. Wir verlangen aber, daß die Mannschaften schon vom 1. Oktober ds. Jrs. ab die höhere Lösung erhalten. Wir verlangen Abtötung der religiösen Gefühle. (Beifall im Zentrum.) Die Duell-Erlasse müssen beachtet werden. (Erweiterter Beifall im Zentrum.) Redner erklärt sich zum Schluß aus Gründen der Überzeugung gegen die Erbschaftsteuer.

Abg. Herzog (v. Rg.): Aus Vaterlandsliebe muß man den Vorlagen zustimmen. Wir haben Vertrauen zur Regierung und werden für ihre Vorschläge eintreten. Man könnte die Wehrkraft zur Deckung mit heranziehen. Eine starke deutsche Wehrmacht liegt im Interesse der ganzen zivilisierten Welt. Sie sichert den Frieden.

Morgen 1 Uhr: Fortsetzung. — Schluß 6 1/2 Uhr.

Der italienisch-türkische Krieg.

Das Bombardement auf die Dardanellen. Mannheim, 21. April. Der Vorstand der hiesigen Produktionsbörse hat heute an den Staatssekretär des auswärtigen Amtes telegraphische Eingabe gerichtet: Durch die Sperre der Dardanellen sind die volkswirtschaftlichen Interessen Deutschlands in bedenklicher Weise bedroht. Die Getreideversorgung ist ungenügend, die Abhängigkeit von ausländischen Zufuhren im jetzigen Augenblick steigender Preisbewegung und ungeklärter politischer Verhältnisse besonders schwerwiegend. Wir fürchten große Benachteiligung aller Interessen, wenn durch die Dardanellensperre Deutschlands Getreidebedarf noch mehr wie bisher auf die Willkür einzelner Exportländer angewiesen wird, und bitten deshalb dringend zur Vermeidung unabsehbarer nationaler Schäden um geeignete Schutzmaßnahmen.

Konstantinopel, 22. April. Die Meldungen, wonach die Dardanellen heute bereits wieder geöffnet werden sollen, sind etwas verfrüht. Es wird noch einige Tage dauern, bevor die schwimmenden Minen entfernt sein werden und die Dardanellen wieder offen sein werden. Was die Frage der von den verschiedenen Schiffahrtsgesellschaften wegen der Schließung der Dardanellen verlangten Entschädigung betrifft, so wird die Türkei diesen Anspruch ablehnen, da es sich in dieser Angelegenheit um eine zwingende Gewalt handelt.

Wien, 23. April. Die „Neue freie Presse“ meldet aus Konstantinopel: Infolge der Schiffahrtseinstellung anfernt gestern im Bosporus über 100 Handelsdampfer aller Nationen. Die Stadt wartet vor Spekulationen und das Kriegsgericht bestraft die spekulative Verteuerung der Lebensmittel. Augenblicklich herrscht kein Brotmangel. Dagegen hört der Fremdenzufluß fast vollständig auf.

Kommunalpolitik.

Forstheim, 21. April. Auch bei der gestrigen Wahl errang unsere Partei den Sieg. Wir erhielten wiederum 2 Mandate und das Zentrum eines. Mit 4 Mandaten haben wir nun die Mehrheit im Gemeinderat. Wir kommen noch darauf zu sprechen.

Gengenbach, 18. April. Unsere Bürgerauswahlfraction hatte beim Gemeinderat den Antrag gestellt, an der hiesigen Volksschule die Lehrmittelfreiheit einzuführen. Daraufhin ist dem Bürgerauswahlschmittglied Sieferle folgender Bescheid zugegangen:

Auf Vorlage Ihres Beschlusses vom 26. Februar 1912 auf Einführung der Lehrmittelfreiheit an der Volksschule hier an den Gemeinderat hat derselbe beschlossen, dem Antrag eine Folge nicht geben zu können, weil dadurch einerseits die Gemeindefinanzlage sehr belastet würde, andererseits die Gemeinde bereits bisher durch Abgabe von Lehrmitteln an Schüler und Schülerinnen unmittelbarer Eltern in weitgehender Weise Entlastungen erlangt hat.

Dies wolle den übrigen Unterzeichnern der Eingabe gef. eröffnet werden.

Im Auftrage des Gemeinderats: Derb.

Unsere Stadtverwaltung verweist immer auf die hohen Armenlasten. Für dieselben sind im städtischen Voranschlag für 1912 ca. 15 000 M. vorgesehen. Das ist für unsere Gemeinde allerdings ein sehr hoher Betrag; die Ausgaben für Lehrmittel gehören aber nicht zu dem Titel „Armenunterstützung“, sondern sollten unter dem Titel „Volksschule“ verrechnet werden. Mit diesem Bescheid können sich unsere Vertreter im Bürgerauswahlschmitt nicht zufriedengeben; sie werden den Antrag auf Lehrmittelfreiheit wieder einbringen. In unserer Nachbargemeinde Zell a. S. ist es mit dieser Sache schneller gegangen. Auf Antrag der sozialdem. Bürgerauswahlschmittglieder und nachdem noch bei mehreren Bürgern Unterschriften für die Lehrmittelfreiheit gesammelt wurden, hat der Gemeinderat nun dieselbe eingeführt.

Bietet die Späterkeit ist heute unter den gewöhnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen nur eine Wirtschaftung

Hoch und noch leidet sich bei Sozial. Eingabe bleiben unrichtig. Es ist schon kein leichtes Geschäft, das Reich zu retten. Es ist schon kein leichtes Geschäft, das Reich zu retten.

Professor Dr. Schwangart wird seine im vorigen Wintersemester begonnenen Vorlesungen an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe über „Landwirtschaftliche Zoologie“ (Schädlingsbekämpfung im Wein-, Obst- und Gartenbau) fortsetzen und speziell die Bekämpfung der einzelnen Schädlinge, nach zeitlichem Vorkommen (monatsweise) geordnet, behandeln und durch praktische Demonstrationen unterstützen. Der Besuch der Vorlesungen, die wöchentlich, Donnerstags von 4-5 Uhr, stattfinden, ist unentgeltlich. Die erste Vorlesung im beginnenden Sommersemester wird am 23. April abgehalten werden. Es sei auf diese günstige Gelegenheit zur Unterrichtung über die Schädlinge und ihre Abwehr hierdurch hingewiesen.

Verbandsstagnung. Für die diesjährige Abgeordneten-Versammlung des Vereins mittlerer badischer Eisenbahnbeamten, die, wie schon bekannt gegeben, am 4. und 5. Mai in dem großen Rathsaal stattfinden, ist folgende Tagesordnung festgesetzt worden: 1. Jahresbericht; 2. Voranschlag für das laufende Rechnungsjahr; 3. Wahl des Hauptvorstandes; 4. Wahl der ständigen Ausschüsse; 5. Wahl von Kassen- und Rechnungsprüfern; 6. Beschlußfassung über die vorliegenden Anträge des Hauptvorstandes und der Ortsgruppen Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg, Basel, Birmingen und Konstanz; 7. Besprechung von Landesangelegenheiten.

Bei der städtischen Sparrasse betrug im Monat März die Zahl der Einlagen 7234 (1911: 7929) mit einem Gesamtbetrag von 972 433 Mk. (1046 646 Mk.). Davon entfallen 207 680 Mk. (236 888 Mk.) auf 679 (746) Neueinlagen. Abhebungen fanden 4564 (4327) statt im Betrage von 908 877 Mk. (912 924 Mk.).

Anfälle. Am 20. ds. Mts., nachmittags 6 Uhr, wollte ein Drochstenkutscher, der an jenem Tage eine Hochzeitsgesellschaft gefahren hatte, auf den Bod seiner Drochste Ketteln und die Bremse lösen. Hierbei stürzte er ab und zog sich eine Gehirnerschütterung, sowie einen Schädelbruch zu. — Sonntag vormittag stürzte ein verheirateter Schmied in der Steinstraße von seinem Fahrrad und brach die Anteseibe.

Ein liebenswürdiger Ehegatte. Ein 29 Jahre alter, aus Siebeldingen gebürtiger und in Daylanden wohnhafter Tagelöhner, der längere Zeit von seiner Frau getrennt lebte und erst vor kurzem wieder zu ihr zurückkehrte, wurde festgenommen, weil er in der Nacht zum 21. ds. Mts. in der Hardtstraße seiner Ehefrau, infolge Eifersucht, fünf Stiche in den Rücken gab. Die schwer Verletzte wurde ins Krankenhaus verbracht.

Feuer. Sonntag abend 11 Uhr ist in der städtischen Barmhalle am Festplatz auf noch nicht aufgeklärte Weise Feuer ausgebrochen, das bis zum Eintreffen der Feuerwache vom dem Hausmeister der Festhalle gelöscht werden konnte. Der Schaden an der Holzverkleidung und an Büchern beträgt ca. 30 Mk.

Erdbeben. Hat sich in verfloßener Nacht in ihrer in der Dur-lacherstraße gelegenen Wohnung die alleinstehende Inhaberin eines Spezereiwarengeschäfts. Zuerst hatte sie versucht, sich mittelst Leuchtgas zu töten.

Auf einer Drangenschele, die auf dem Gehweg der Waldstraße geworfen worden war, glitt gestern abend die Ehefrau eines Goldarbeiters aus Baden aus. Sie stürzte zu Boden und zog sich eine schwere Verletzung am rechten Unterarm zu.

Nachfall. Zwischen Erbprinzen- und Kriegstraße wurde auf der Ritterstraße gestern nachmittags die Ehefrau eines hiesigen Friseurs von einem noch unbekanntem Radfahrer angefahren, zu Boden geschleudert und am Knie so stark verletzt, daß sie mittelst Drochste nach ihrer Wohnung verbracht werden mußte.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Lehrerlicher Vortrag. Auf Veranlassung der Ortsgruppe Karlsruhe des Deutschen Freidenkerbundes e. V. spricht heute abend in einer öffentlichen Versammlung im Festsaal Ziegler, Bahnhofstraße 18, Herr Rechtsanwalt E. Gunkl-Freiburg i. B. über „Parlamentarismus und freier Gedanke“. Kartenverkauf der Teilnehmerarten: Meit. Platz, Durlacherstr. 81/83; Meit. Ziegler, Bahnhofstr. 18; Ofenhandlung Marx, Luisenstr. Arbeiter erhalten Karten zum ermäßigten Preise.

Konzert des Hoforchesters. Auf die am Mittwoch, 24. April, abends 7/8 Uhr, in der Festhalle stattfindende Aufführung der 2. und 9. Symphonie durch das gr. Hoforchester (Leitung Leop. Reichwein) unter Mitwirkung der Solotänze der Hofoper, eingeladenen Damen und der Wiederholte, für die sich das rechte Interesse kundigt, sei das musikalische Publikum nochmals hingewiesen.

Bereinsveranstaltungen. Der Gesangsverein „Bruderverbund“ Mühlburg hielt Sonntag mittag im „Mühlen Krug“ eine wohlgeleitete Familienunterhaltung ab, die sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Ein reichhaltiges und abwechslungsreiches Programm kam zur Abwicklung. Der gut geschulte Männerchor sang unter Herrn Rypinski's Leitung eine Anzahl Lieder, die alle sehr gut ausfielen. Auch der gemischte Chor war mit einigen Liedern vertreten. Herr Rypinski hatte die Chöre vorzüglich einstudiert, es „Moppie“ alles vorzüglich, besonders schon sang der Verein die Pianostellen der einzelnen Chöre. Zwischen den Liedervorträgen waren komische Vorträge eingestreut, bei denen die Vereinskomponisten und Sumoristinnen Proben ihres Könnens ablegten. Den Schluß bildete ein gut gespieltes Theaterstück „Höllenaqualen“ und ein kleines Tanzvergnügen. — Der Gesangsverein „Vorwärts“ hatte seine Freunde und Gönner zu einer Familienunterhaltung in die „Bettelschale“ eingeladen. Auch diese Veranstaltung hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Der Männerchor, dessen vorzügliche Leistungen ja schon hinreichend bekannt und schon oft gewürdigt worden sind, trug eine Reihe von Liedern vor und erntete für seine vorzüglichen Leistungen reichen Beifall. Als Sumorist verstand es Herr Algeier in bekannter Weise die Lachmuskeln der Anwesenden in Tätigkeit zu halten. Mit der Veranstaltung war ein kleines Preisfest verbunden, dem lebhaft zugeprochen wurde. Am Abend wurde noch eine kleine Tanzunterhaltung arrangiert, zu der das Gewerkschaftsorchester aufspielte und woran sich Jung und Alt mit gleicher Hingabe beteiligte.

Orgelkonzert in der Schloßkirche. Zur Ermöglichung von Solobaduren für arme Kinder gab am Mittwoch abend der bekannte Orgelvirtuose Carl Hejse aus Frankfurt, unter Mitwirkung hiesiger Gesangsolisten, ein Orgelkonzert, das sich eines sehr starken Besuchs erfreute. Mit Gambel's Orgelkonzert in G-Moll leitete Carl Hejse den Abend würdig und eindringlich ein. Schon hierbei konnte der Künstler sein virtuos-jes Können entfalten; seine technische Fertigkeit, die Sicherheit in der Beherrschung des Instrumentes, die orchestral wirkende Nuancierung und Schattierung der Tonfülle stehen wohl einzig da. „Ganzone“ von Josef Kenner jun. und „Angelus“ von S. Burg-Clert, beides wirksame Tonanschöpfungen für die Orgel, waren für hier noch neu und ist besonders die erfahre in ihrer schwerentwäglichen Form von feierlicher Wirkung. Mit der F-Moll Orgeltonate von Mendelssohn erreichte C. Hejse im „Allegro assai vivace“ das seinen Höhepunkt und noch lange wird manchem Hörer das meisterhafte Spiel und die jubelnde aufbauende Tonfülle in angenehmer Erinnerung bleiben. Solopreziositäten Marie Sölllicher sang ein Lied für Eorvan „Lied“ von Alfred Lorenz, das leider nicht so zur Geltung kommen konnte, wie es in der Weise der Vertonung erforderlich gewesen wäre, da die Stimme der jungen Sängerin ein

auffälliges, den ungetrübten Genuß des Hörens stark beeinträchtigendes Flüstern wahrzunehmen ließ. Besonders in der höheren Lage bei starker Klanggebung war dieses unruhige Hin- und Herflattern so bemerkbar, daß dieses unruhige dieses Konzertes nur ein zweifelhaftes für Fr. Sölllicher gewesen wäre. Auch Schubert's „Die Allmacht“ wollte durch eine zu starke dramatische Unterbrechung, im Stile des Wagnergefanges, nicht zu seiner richtigen vollen Wirkung kommen. Dagegen bildete der Vortrag von „Der geistlichen Liedern“ Beethovens durch Hildegart Fischer einen seltenen, ungetrübten Genuß. Die Dame verfügt über ein metallisches, ruhig und feststehendes, äußerst biegsames Organ, dessen edler Alt-timbre ansprechen muß und beim ausdrucksvollen Vortrag der Lieder einen äußerst günstigen Eindruck hinterließ. W. Sch.

Die Katastrophe der Titanic.

Berlin, 22. April. Die das Depeschembureau Gerold von autunrichteter Seite erfährt, wird die amerikanische Regierung an die Mächte eine Einladung zu einer internationalen Konferenz bezüglich Regelung des Schiffsverkehrs in kürzester Zeit gelangen lassen. Wie wir hören, wird die deutsche Regierung, sobald eine derartige Aufforderung ergeht, in zustimmendem Sinne eine Antwort erteilen.

London, 22. April. Die Hilfs-Aktion für die Hinterbliebenen der mit der „Titanic“ umgekommenen wird allseitig reichlich unterstützt. So beträgt die Sammlung des Lord-Mayors bereits 1 440 000 Mk., die der „Daily Mail“ 260 000 Mk. und des „Daily Telegraph“ 200 000 Mk. Insgesamt sind in London allein bis heute 1 900 000 Mk. und wenn man die Sammlungen der anderen Städte Englands mitrechnet, schon über 2 Millionen Mark zusammengebracht worden.

Newyork, 22. April. Der Dampfer „MacKay Bennett“ meldet, daß der Dampfer „Nehia“ beim Passieren der Unglücksstelle der „Titanic“ zahlreiche Leichen habe treiben sehen. Am Montag soll ein Dampfer nach der Unglücksstelle abfahren, um mit der Bergung der Leichen zu beginnen.

London, 22. April. Die Befürchtung der hiesigen großen Versicherungen, daß drei Perlen-Colliers, die von den Besätzen auf der „Titanic“ mit drei Millionen Mark versichert waren, durch den Untergang des Dampfers ebenfalls verloren sind, hat sich nicht erfüllt, da die Besätze mit den wertvollen Schmuckstücken, die diese bei sich hatten, sämtlich gerettet worden sind.

Washington, 22. April. Der Senat hat einen Antrag angenommen zur Herbeiführung eines internationalen Abkommens bezüglich Organisation des transatlantischen Schiffsverkehrs, der einzuerschlagenden Route, der Geschwindigkeit und der Rettungs-Vorkehrungen.

Newyork, 22. April. Der Rabeldampfer „Mac Kay“ hat 64 Leichen von der „Titanic“ aufgefunden, die noch so gut erhalten waren, daß sie identifiziert werden konnten und an Bord genommen wurden. Andere, deren Transport unmöglich war, wurden ins Meer versenkt. Direktor Ismay veröffentlicht eine Erklärung, in der er sagt, er vertraue auf die Untersuchung des Senats. Er habe sich niemals in die Anordnungen des Kapitäns gemischt und nie vor dem Unglück auf der Kommandobrücke gestanden.

Neues vom Tage.

Wieder ein Schülerelbstmord. Erfurt, 19. April. In der Nähe des thüringischen Ortes Gerichsdorf wurde gestern die Leiche eines aus Gerichsdorf gebürtigen 19jährigen Gymnasialisten gefunden, der das Gymnasium in Rudolstadt besuchte. Der junge Mann hatte sich eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt. Dann war ihm der Revolver entfallen, der zu seinen Füßen lag. Vor der Tat hatte der junge Mann einen Zettel mit seinem Namen und seiner Adresse am Hut befestigt. Er hatte am Abend vorher Rudolstadt verlassen.

Arbeiterriß. Oberhausen, 19. April. Auf der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“, Schacht Lohberg, ereignete sich gestern ein schwerer Unglück. Durch plötzliches Niedergehen von Gesteinsmassen wurden 9 Bergleute verdrückt. 3 waren sofort tot, 2 sind schwer, die anderen leicht verletzt. Die drei Leichen sind bereits geborgen.

Breslau, 22. April. In der Dynamitfabrik von Altherubn bei Pleß ließ ein Mädchen beim Packen eine Dynamitpatrone fallen, die explodierte, was auch das Explodieren der übrigen in dem Paktraum befindlichen Dynamitpatronen verursachte. Zwei Arbeiterinnen wurden verkrümmt und getötet.

Mordversuch und Selbstmord. Mülheim (Ruhr), 22. April. Der 40 Jahre alte Kaufmann Hünslein versuchte seine Frau zu töten, indem er ihr Gift in den Kaffee schüttete. Die Frau nahm einen Schluck, ließ ihn aber sofort wieder aus. Als Hünslein sah, daß sein Mordversuch auf diese Weise vereitelt wurde und so an den Tag kommen mußte, nahm er selbst Gift zu sich und tötete sich.

Sturz aus dem Luftballon. Ludwigsburg. In der Nähe von Gattersleben ging, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, vorgestern ein Ballon aus noch nicht festgestellter Ursache plötzlich nieder. Die drei Insassen stürzten aus einer Höhe von 15 Metern aus der Gondel. Einer von ihnen, der Oberleutnant v. Bülow vom 172. Infanterie-Regiment, trug schwere Verletzungen davon, der Leutnant Meckel vom 173. Infanterie-Regiment, wurde leichter verletzt. Der Ballonführer von der Mecker Luftschiffer-Abteilung erlitt eine leichte Verstauchung.

In den Klauen des Tigers. Lübeck, 22. April. Im Tierzirkus Raffertiner überfiel ein Königstiger einen Wärter, der dem Beibol zuwider den Käfig zur Vorbereitung der Vorstellung betrat. Des Publikums bemächtigte sich ein Panik. Erst nach schwerem Kampf konnte der Wärter den Klauen des Tieres entrisen werden. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus geschafft.

Schiffunglück. Cuxhaven, 22. April. Das deutsche Segelschiff „Elisabe“ ist von einem noch unbekanntem Dampfer an der Elbmündung in den Grund gebohrt worden. Die Mannschaft wurde von dem bierden Elbfeuererschiff gerettet.

Wirbelstürme. Newyork, 22. April. Durch Wirbelstürme sind in den Staaten Oklahama und Colorado viele Menschen umgekommen. Auch ist großer Schaden angerichtet worden.

Feuersbrunst. Yokohama, 22. April. Gestern sind durch Großfeuer, das durch den herrschenden Sturm stark angefaßt wurde, innerhalb 4 Stunden 2000 Häuser der Stadt Matsumoto zerstört worden.

Es wurden Truppen zur Hilfeleistung aufgeboden. Die größten Booten sind gerettet. Matsumoto zählt etwa 50 000 Einwohner.

Letzte Nachrichten.

Neuer Tarif.

Hamburg, 22. April. Der deutsche Transportarbeiterverband hatte zu Sonntag eine Mitglieder-Versammlung der Sektionen der Seewerker nach dem Gewerkschaftshause einberufen, um den Bericht über die Verhandlungen mit den Reedern bezüglich der aufgestellten Forderungen entgegen zu nehmen. Nach einstündiger Verhandlung wurde mit 963 gegen 304 Stimmen der in den Vorberhandlungen vereinbarte Lohnarif angenommen. Dadurch ist der Friede im Hamburger Hafen auf ein Jahr gesichert.

Ein glänzender sozialdemokratischer Sieg in der Schweiz.

Bern, 22. April. Heute fand im Kanton Nendatel die Stichwahl statt zum Ersatz des neugewählten Bundesrats Perrier im Nationalrat. Lehrer Graber (Sozialist) wurde mit 10 010 Stimmen gewählt. Professor Menting (radikal) erhielt 9258 Stimmen. Die Liberal-Konservativen hatten Wahlenthaltung proklamiert. Die sozialdemokratischen Stimmen sind seit dem ersten Wahlgange um mehr als 3000 gewachsen, wovon ein Teil auf die Konservativen entfällt. Immerhin ist der Sieg der Sozialdemokraten weit glänzender, als sie selber gehofft hatten.

Der 1. Mai freigegeben.

Brüssel, 22. April. Der Brüsseler Stadtgemeinderat beschloß auf Antrag der Sozialisten, am 1. Mai den Schülern der städtischen Schulen und den Beamten freizugeben. Die Progressisten unterstützten den Antrag, die Liberalen stimmten dagegen.

Das Streikklubad in Rußland.

Petersburg, 22. April. In der Reichsduma wurde heute die von den Otkobristen, Kadetten und Sozialdemokraten eingebrachte Interpellation über die Vorgänge in den Lena-Goldwäschereien erörtert. Der Führer der Otkobristen, Gutschkow, betonte dabei, daß die Menge keine Gewalttätigkeiten begangen habe, die den Waffengebrauch des Militärs gerechtfertigt hätten.

Der Aufstand in Marokko.

Paris, 22. April. Aus Fez wird vom 18. ds. Mts. gemeldet, daß die Auführer die Häuser der Franzosen sorgfältig mit Metzgerhaken versehen hatten und daß nur Franzosen niedergemetzelt worden seien. Von anderer Seite wird berichtet, daß auch 4 Spanier, darunter ein Arzt, vermißt werden, die wahrscheinlich während des Aufruhrs den Tod gefunden haben.

Paris, 22. April. Nach den letzten Telegrammen des Generals Moirier an den Kriegsminister herrscht heute in Fez Ruhe. Die Verluste der Franzosen während des Aufstandes sind 15 Offiziere und 50 Mann tot und 4 Offiziere und 70 Mann verwundet. Außerdem wurden 13 Zivilpersonen, sämtlich Franzosen, getötet.

Wasserstand des Rheins.

23. April. Schifferinsel 1.41 m, gef. 0 cm, R eßl 2.27 m, gef. 2 cm. Raugau 3.63 m, gef. 6 cm, Mannheim 2.85 m, gef. 8 cm.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Untermisselbach. Ihr Artikel ist für uns vollständig unverständlich. Entweder schreiben Sie ihn nochmals um oder Sie sprechen bei uns persönlich vor.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesangsverein „Harmonie“.) Heute Dienstag abend 9 Uhr Singstunde. Da anschließend wichtige Besprechung stattfindet, ist das Erscheinen aller Sängern notwendig. Der Vorstand.

Karlsruhe. („Lassallia“.) Heute Dienstag abend nach der Singstunde Mitgliederversammlung. Stellungnahme zur Generalversammlung und Wahl der Delegierten hierzu. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder Pflichtsache. 7396

Bruchsal. („Harmonie“.) Mittwoch, 24. April, nach der Singstunde Vierteljahrs-Versammlung. 7395

Kufeke Tausendfach bewährte Nahrung bei: **Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.** -Kindernahrung -Krankenkost

Preiswerte China-Matten Stück 1.90, 1.10, 85, 45 verschiedene Größen „gute Qualität“. Für Badezimmer und Waschtisch-Vorlage.

Marquisen-Drelle ca. 120 cm ca. 140 cm Meter 1.75 Meter 2.10 grau, grau mit rot, grau mit blau, grau mit grau einfarbig. 7386

Messing-Garnitur 30 mm, 150 cm lang 2 Träger 2 Endknöpfe 10 Ringe } **260**

Hugo Landauer.

Bekanntmachung.

Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses beehren sich...

- 1. Vortrag mit Bildhauer Hermann Bins und den Architekten...

Der Oberbürgermeister: Siegrist.

Bekanntmachung.

Die am 8. März d. J. vorgenommene Wahl des Stiftungsrates...

Der Stadtrat: Dr. Hofmann.

Bekanntmachung.

Zur Besetzung der Stelle eines Mitglieds des Verwaltungsrates...

Der Stadtrat: Dr. Hofmann.

Bekanntmachung.

Zur Besetzung der Stelle eines Mitglieds des Verwaltungsrates...

Der Stadtrat: Dr. Hofmann.

Messe-Wirtschaften.

Die Berechtigung zum Betriebe von zwei Wirtschaften...

Steigerungslustige sind auf Montag, den 29. April, I. J.,...

Sonder-Angebot!

Herrenkleiderstoff-Reste

in ausgesucht Ia. Qualitäten, neueste Muster und nur...

Arthur Baer, Karlsruhe, Kaiserstr. 133, I Tr. hoch.

Diese Woche!

Grosser Verkauf von besonders preiswerter

Bis 28. April

Neuester Damen- u. Kinderkonfektion

Table with 4 columns: Item name, Price 1, Price 2, Price 3. Items include Jacken-Kleider, Tailen-Kleider, etc.

Neueröffnete Spezial-Abteilung für Kinder-Konfektion

Table with 2 columns: Item name, Price. Items include Kinder-Kleidchen, Mädchen-Kleider, etc.

Carl Schöpf Karlsruhe Marktplatz.

Ziehung garantiert 4. u. 6. Mai 1912.

Grosse Altenburger

Frauen-Geld-Lotterie

3333 Geldgewinne Mark

45000 Hauptgewinne Mark

20000 5000, 1000 etc. etc.

Lose à 1 Mk., 11 Lose 10 Mark, Porto und Liste 25 Pfg. extra.

Zu beziehen durch alle Verkaufsstellen und die Generalagentur: J. Schweickert, Stuttgart, Markstr. 6.

Die chemische Reinigung

Damen- und Herren-Kleidung jeder Art übernimmt unter Zusicherung tadelloser Arbeit...

Chemische Reinigung u. Kunstwäscherei

Dampf-Waschanstalt August Pfützner, Karlsruhe-Ruppurr

Sangestraße 2 - Telefon 1447.

Filialen: Karlsruhe: Karlstraße 27, Schützenstraße 43, a, Säbingerstraße 53, Bübolfstraße 31, Durlach: Hauptstraße 40.

Advertisement for Knorr Suppen-Würfel (Soup cubes) with images of the product boxes and the slogan 'Wer probt, der lobt'.

Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund.

Advertisement for Julius Löwe clothing store, featuring an image of a man in a suit and text describing the quality of the garments.

Laufende 7230 bereiten sich aus oberhalb... Robert Ruf, Ettlingen.

Zu verkaufen: ein Sopha mit 6 Fauteuil und ein Chaiselongue. 7389 Karlstraße 30, 1. Stod.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Eheausgebote: Wilhelm Jabel von hier, Postbote in Mannheim...

Gelegenheitskauf Tricotagen

Der Verkauf beginnt heute Dienstag, den 23. cr.
sämtliche Artikel sind übersichtlich auf Extra-Tischen im Lichthof ausgelegt.

Einsatzhemden

- | | | | |
|---|-----------------------|---|-----------------------|
| Serie I
Ein Posten Einsatzhemden woll-
gemischt und Macco imitiert zum Aussuchen
Stück nur | 1²⁵ | Serie II Ein Posten Einsatzhemden starke
Qualität mit schönen Einsätzen, darunter Stücke
im Verkaufswerte bis Mk. 3.— zum Aussuchen,
durchweg | 1⁶⁵ |
| Serie III Ein Posten Einsatzhemden bestehend
aus Ia Macco und porös, mode und weiss,
grundig mit den besten Percal- und Zephir-
Einsätzen, Verkaufswert bis Mk. 4.—, zum
Aussuchen, durchweg | 2⁴⁵ | Serie IV Ein Posten Einsatzhemden extrastarke
Qualität mit prachtvollen Einsätzen, zum Aus-
suchen, durchweg | 2⁸⁵ |
| Serie V Ein Posten Einsatzhemden Ia Kamm-
garnqualitäten, extra weich, hochmoderne
Einsätze, zum Aussuchen Stück | | 3⁷⁵ | |
| Ein Posten Kinder-Maccohemden imit. mit
Vorder- u. Achselschluss, zum Aussuchen Stück 75 u. | 50 | Ein Posten Macco-Jacken imit. in allen Grössen,
zum Aussuchen Stück | 95 |
| Ein Posten Herren-Unterhosen unifarbig,
Grösse 4, 5, 6, zum Aussuchen Stück | 95 | Ein Posten Herren-Unterhosen unifarbig,
Grösse 4, 5, 6, extra stark, zum Aussuchen Stück | 1⁵⁵ |
| Ein Posten Herren-Unterhosen als Reithosen ge-
eignet mit Doppelsitz a. ech' ägypt. Macco, z. Aussuchen nur | 2⁴⁵ | Ein Posten Damen-Jacken mode und weiss
zum Aussuchen 1.25 | 95 |
| Ein grosser Posten Herrenhemden in imitierten und prima Maccoqualitäten, darunter Stücke im Verkaufswerte
bis Mk. 4.—, durchweg in allen Grössen 2.75 1.95 1.25 und | | | 95 |

Besichtigen Sie mein Spezialfenster Kaiserstrasse.

7391

Hugo Landauer

Karlsruhe, Kaiserstrasse 145.

Ernst Döhner,
Tapeziergeschäft,
23 Müppurrerstrasse 23
35 Luisenstrasse 35
empfehl. sich im Tapezieren,
Anfertigen und Anarbeiten
von Polstermöbel, Marquise,
Jalousiefäden aller Art bei
billiger Berechnung. 7384

Eier-Diebe-
iten, zum einfallen sowie zum
erzieltem Gebrauch liefert jedes
Quantum zu Tagespreisen. 7398

Nikolaus Reichert,
Telephon 2153. Schützenstr. 60.

Sühner,
6-8 Stück, einjährige, mit Gabn,
zu kaufen gesucht. Offerten
mit Preisangabe unter N. D.
an die Expedition des Volks-
freund* erbeten.

Schneider gesucht!
Tüchtiger Großtucharbeiter auf Stück oder
Taglohn, sowie ein jüngerer Arbeiter sofort für
dauernd gesucht. 7399

Josef Rink, Kaiserstrasse 166.

Tüchtiger Schneider
auf Großstück, findet Jahresstelle.
7393 **Ferd. Riefer, Baden-Baden.**

Fahnen Reinecke,
Hannover.
Vereinsbedarfsartikel. 7394

Sehr billig zu verkaufen:
Gute Bettstelle, Koff wie neu,
ganz neue Obermatrage, Polster
28 Mk., desgl. 26 Mk., starkes
Kanapee, wie neu, 28 Mk.
Körnerstr. 30, 4. St. rechts.

Stendstr. 4, 4. St. ist ein
möbl. Zimmer mit Kaffee-
für 15 Mk. sofort oder später
an anständigen Arbeiter oder
Freiwilligen zu vermieten.

Pieg-u. Sigwagen mit
gestell, billig zu verkaufen.
Schützenstr. 83, Stb. 3. Stod.

Morgen und übermorgen
Ziehung der
Südpolar-Geld-Lose
à Mk. 3.—. Ferner empfohlen
für: Strahburger Münster
à Mk. 3.—, Altenburger,
Wauh. Waimarkt, Darmh.
Schloß- und Pferde-Lose à
Mk. 1.—, bei Mehr Rabatt.

Geb. Göhringer, G. m. b. H.
Kaiserstrasse 60.

Für Schreiner
bietet sich günstige Gelegenheit
zur Selbstständigmachung durch
Übernahme einer gut einge-
führten Schreinerei, für Kraft-
betrieb eingerichtet. Rotwe-
biges Kapital 1000 Mk.
Offerten unter Nr. 7850 an
die Expedition des „Volksfreund“.

Kinderwagen gut erhalten,
ist billig zu
verkaufen. Schützenstrasse 15,
Seitenbau, 3. Stod.

Sportwagen sehr gut er-
halten, billig
zu verk. Winterstr. 27, 1. St.

Von der Reise zurück!
Dr. Alfons Fischer
Spezialarzt für innere Krankheiten
Telefon: 1091. Herronstrasse 48.
Sprechstunden: 8-10, 3-5 Uhr. 7327

Achtung! Achtung!
Schuhwaren
Empfehle mein großes Lager in Schuhwaren aller
Façons und Lederarten in nur guter und feinsten Ausführung
bei allerbilligsten Preisen. 7062

Wilhelm Müller
kein Laden, Mühlburg, Giebelstrasse 4, beim Bahnhof,
kein Laden, Niederlage bei Belschner jun., Marienstr. 65.

Wettchenstrasse 16, 5. St. I.
ist ein gut möbl. Zimmer
mit sep. Eingang zu vermieten.

Kinderwagen gut erhalten,
ist ein freundl. möblirtes
Zimmer zu vermieten.

Pieg-u. Sigwagen gut er-
halten,
billig zu verkaufen.
Karl Wilhelmstr. 38 im Laden.